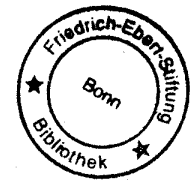
Beschluß des außerordentlichen Parteitages der SPD
am 17. April 1998 in Leipzig

Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit

SPD-Programm für die Bundestagswahl 1998



A 98 - 04467

SPD

Wir sind bereit.

Impressum

Herausgeber:	Vorstand der SPD, Öffentlichkeitsarbeit, Ollenhauerstraße 1, 53113 Bonn
Internet:	http://www.spd.de
E-Mail:	Parteivorstand@spd.de
Gestaltung:	KNSK, BBDO, 20148 Hamburg
Gesamtherstellung:	Union-Druckerei, 60486 Frankfurt/Main
	4-98-A1-200 Bestell-Nr.: 390 1305

Das SPD-Programm im Überblick

Deutschland braucht einen Politikwechsel: Die Zeit für den Wechsel ist da 9

Deutschland braucht eine neue Politik für Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit 9
Deutschland braucht eine neue Regierung 9
Neue Arbeitsplätze 10
Innovationen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft 10
Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft 11
Bündnis für Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit 11
Unsere Vision für das Deutschland des 21. Jahrhunderts 12
Die Neue Mitte: SPD 12

1. Starke Wirtschaft – Neue Arbeit 14

Chancen der Globalisierung und der europäischen Einigung nutzen 14
Wachstum, Investitionen und neue Arbeitsplätze 15
Bildung, Forschung und Wissenschaft stärken 16
Aufbruch für Innovation und neue Technologien 16
Chancen der Informationsgesellschaft nutzen 17
Neue Märkte schaffen 18
Tarifautonomie bewahren 18
Kürzere Arbeitszeit und intelligente Organisation der Arbeit 19
Mittelstand und Existenzgründer stärken 19
Deutschland braucht eine neue Gründerwelle 20
Beschäftigungschancen des Dienstleistungssektors nutzen 21
Neue Perspektiven für den ländlichen Raum und für die Landwirtschaft 22
Motivation und Leistung – Teilhaben am Sagen und Haben 23
Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt 23
Arbeit statt Arbeitslosigkeit 24
Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken 25

2. Gerechte Steuern und solide Finanzen 26

Steuerreform für Arbeit und Gerechtigkeit 1999 26
2500 Mark Entlastung 26
Senkung der Steuersätze auf breiter Front 27
Erhöhung des Kindergeldes auf 250 Mark 27

Stärkung der Investitionskraft der Unternehmen 27
Steuerreform der Solidität und der Glaubwürdigkeit 28
Mindestbesteuerung für mehr Steuergerechtigkeit 28
Hohe Privatvermögen an der Finanzierung der Bildung beteiligen 29
Senkung der Sozialabgaben und ökologische Steuerreform 29
Abstimmung über Steuerreform 29
Sanierung der Staatsfinanzen 30
Kassensturz und Finanzierungsvorbehalt 30

3. Die innere Einheit vollenden: Eine neue Chance für Ostdeutschland 31

Zukunft für Ostdeutschland: Vorrang für neue Arbeit 31
Solidarität zwischen West und Ost darf nicht aufgekündigt werden 32
Neue Chance für die neuen Länder: 10-Punkte-Programm „Zukunft Ost" 33
Der Aufbau Ost muß endlich zur Chefsache gemacht werden 36
Die SPD wird die innere Einheit Deutschlands vollenden 36

4. Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit 37

Arbeit statt Sozialhilfe 37
Vier starke Säulen für die Alterssicherung 38
Solidarität zwischen Alt und Jung: Renten dauerhaft sichern 38
Sicherung der Rente – Stabilisierung der Beiträge 39
Unser Konzept für eine langfristige Rentenreform 40
Gesundheit muß für alle bezahlbar sein 41
Stabile Krankenversicherungsbeiträge durch mehr Wirtschaftlichkeit und mehr Wettbewerb 41
Patienten nicht überbelasten 41
Neue Wege in der Drogenpolitik 42
Rechte der Behinderten stärken 42
Bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Städte 42
Menschengerechte Städte 43
Mehr Sozialwohnungen 43
Soziales Mietrecht verteidigen – Wohngeld verbessern 43
Zuwanderung sozialverträglich steuern 44

5. Familien wieder eine Zukunft geben 45

Die Entscheidung „Für Kinder" erleichtern 45
Verbesserung des Kindergeldes auf 250 Mark 46
Familienleistungen bei der Alterssicherung anerkennen 46
Politik für Kinder und für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf 46

6. Frauen nach vorn – Neuer Aufbruch für die Frauenpolitik 47

Aktionsprogramm „Frau und Beruf" 47
Gleichberechtigung in Bildung und Ausbildung 48
Eigenständige Alterssicherung der Frau 48
Schutz von Frauen vor Gewalt 48
§ 218 – Hilfe statt Strafe 49

7. Jugend braucht Zukunft – Bildung für alle 50

Neuer Generationenvertrag mit der Jugend: Ausbildung, Arbeit, Umwelt und soziale Gerechtigkeit 50
Chancengleichheit in der Bildung 52
Hochschulen modernisieren 53
Bildung begleitet das Leben 53

8. Die Chancen des längeren Lebens nutzen – Politik für ältere Menschen 55

Engagement und Leistungsbereitschaft der älteren Menschen nutzen 55
Wissen und Erfahrung der Älteren einbeziehen 55
Sichere Renten 56
Ein Lebensabend in Würde und sozialer Sicherheit 56

9. Die ökologische Modernisierung als Jahrhundertchance für Arbeit und Umwelt 57

Arbeit und Umwelt gehören zusammen 57
Ökologische Modernisierung: Basisinnovation für den Wohlstand des 21. Jahrhunderts 57

Konzertierte Aktion Umwelt 58
Unbürokratisches und wirksames Umweltrecht 59
Kräfte des Marktes nutzen: Energieeinsparung und Umweltschutz belohnen 59
Ausstieg aus der Atomkraft – so schnell wie möglich 60
Die Brücke ins Solarzeitalter bauen 60

10. Der Staat als Partner in der freien Bürgergesellschaft 62

Reformen in Staat und Verwaltung voranbringen 62
Für einen motivierten und leistungsfähigen Öffentlichen Dienst 63
Den Nachbarschaftsgedanken wiederbeleben 64
Sport fördern 64
Mehr demokratische Beteiligungsrechte für Bürgerinnen und Bürger 64
Starke Städte und Gemeinden 65
Unsere Demokratie braucht die Einmischung der Künstlerinnen und Künstler 65
Kultur und Künste sind unverzichtbar 66
Medienvielfalt bewahren 66
TV-Sport für alle 67

11. Inneren Frieden bewahren – Innere Sicherheit stärken: Entschlossen gegen Kriminalität und gegen ihre Ursachen 68

Die Strafe muß der Tat auf dem Fuße folgen 68
Soziale Ursachen von Kriminalität bekämpfen 69
Jugendkriminalität verhindern – Junge Menschen fördern und fordern 69
Organisierte Kriminalität bekämpfen – Grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Polizei und Justiz 70
Verbrecher wirksam bestrafen – Kinder schützen 70
Alltagskriminalität schnell und angemessen bestrafen 70
Opfern helfen 71
Polizei stärken 71
Justiz reformieren 71

12. Neue Verantwortung für das geeinte Deutschland in Europa und in der Welt 72

Unsere Verantwortung für die Europäische Einigung 72
Europa im Interesse der Menschen gestalten 72
Für ein Europa der Arbeit und der sozialen Gerechtigkeit 73
Euro für Arbeit und soziale Stabilität 74
Für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger 74
Aufbau des europäischen Hauses mit neuer Kraft fortsetzen 75
Unsere Verantwortung für die internationale Völkergemeinschaft 75
Neue Weltwirtschaftsordnung mit sozialer und ökologischer Marktwirtschaft 75
Entwicklungszusammenarbeit für eine solidarische Welt 76
Die Bundeswehr dient Frieden und Freiheit 76
Die NATO ist ein zentraler Pfeiler unserer Sicherheit 77
Stärkung der Vereinten Nationen 77

SPD: Politik für die Mehrheit 79

Deutschland braucht einen Politikwechsel: Die Zeit für den Wechsel ist da

Deutschland ist ein starkes Land. Aber es hat eine schwache Bundesregierung.

Unser Land hat große Chancen. Diese Chancen müssen genutzt werden.

Wir können die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bestehen.

Dafür braucht Deutschland eine neue Politik und eine neue Regierung.

DEUTSCHLAND BRAUCHT EINE NEUE POLITIK FÜR ARBEIT, INNOVATION UND GERECHTIGKEIT

Unser Land braucht eine Politik für neue wirtschaftliche Dynamik und für neue Arbeitsplätze.

Eine Politik, die für wirtschaftliche, technologische und ökologische Innovationen sorgt und für gesellschaftlichen Fortschritt.

Eine Politik, die auf gesellschaftlichen Konsens zielt und auf soziale Gerechtigkeit.

DEUTSCHLAND BRAUCHT EINE NEUE REGIERUNG

Glaubwürdigkeit, Berechenbarkeit und Verläßlichkeit müssen wieder zur Richtschnur der Regierungspolitik werden.

Die Menschen in unserem Land wissen aus ihrem täglichen Leben, daß Veränderungen notwendig sind, um die Chancen der neuen Zeit zu nutzen. Damit sind sie weiter als ihre bisherige Regierung. Zwischen den Regierenden und den Regierten ist es zu einer tiefgreifenden Entfremdung gekommen.

Wenn es mit Deutschland wieder aufwärts gehen soll, dann führt an einem Regierungswechsel kein Weg mehr vorbei.

Deutschland braucht eine neue Aufbruchstimmung. Der Regierungswechsel in Bonn, das ist das beste Sofortprogramm für mehr Wachstum und neue Arbeitsplätze.

Die SPD ist bereit, die Regierungsverantwortung für Deutschland zu übernehmen. Wir werden unser Land ins 21. Jahrhundert führen – sicher und gerecht.

NEUE ARBEITSPLÄTZE

Der Abbau der Arbeitslosigkeit – das wird das oberste Ziel der SPD-geführten Bundesregierung: Arbeitsplätze schaffen und Arbeitsplätze sichern – das steht im Mittelpunkt unseres Programms. Denn der Abbau der Arbeitslosigkeit ist der Schlüssel zur Lösung der ökonomischen, finanziellen und sozialen Probleme unseres Landes.

Beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit werden wir die Stärken nutzen, die unser Land zu einer der größten Wirtschaftsnationen der Welt gemacht haben: Qualifikation und Leistungsbereitschaft, Erfindergeist und Entscheidungskraft, Mut und Disziplin, Flexibilität, Innovationskraft und Verantwortungsbewußtsein. Auf diese großen Stärken und Traditionen unseres Landes können wir stolz sein. Das sind die Trümpfe, die wir jetzt ausspielen werden, um im weltweiten Wettbewerb erfolgreich zu sein und für mehr Wachstum und neue Arbeitsplätze zu sorgen.

Die SPD-geführte Bundesregierung wird den Anstieg der Arbeitslosigkeit stoppen und für eine grundlegende Wende auf dem Arbeitsmarkt sorgen. Unser langfristiges Ziel bleibt die Vollbeschäftigung: Wir wollen, daß jede Frau und jeder Mann eine Chance auf einen sicheren Arbeitsplatz erhält.

INNOVATIONEN IN WIRTSCHAFT, STAAT UND GESELLSCHAFT

In einer Welt des Wandels kann nicht alles bleiben, wie es ist. Veränderungen sind notwendig – in der Arbeitswelt, bei der Gestaltung der sozialen Sicherung, beim Verhältnis von Staat und Gesellschaft.

Wenn wir die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bestehen wollen, dann müssen wir bereit sein zu Innovationen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft.

Die Menschen sind zu den notwendigen Veränderungen bereit – sie wollen aber, daß dabei die soziale Gerechtigkeit nicht unter die Räder kommt.

Die Bürgerinnen und Bürger können sich darauf verlassen: Die SPD-geführte Bundesregierung wird dafür sorgen, daß es bei den notwendigen Veränderungen fair und gerecht zugeht. Wir wissen: Soziale Innovation, und nicht Sozialabbau, das ist die Basis für wirtschaftlichen Erfolg.

ERNEUERUNG DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Wir werden die Soziale Marktwirtschaft erneuern: Wir setzen auf die Kräfte des Marktes und auf die Leistungsbereitschaft der Menschen. Und wir bauen auf soziale Partnerschaft und auf soziale Stabilität.

Die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft ist der Garant für Wohlstand und Erfolg, für soziale Sicherheit und demokratische Stabilität. Wir werden es nicht zulassen, daß der gesellschaftliche Konsens in unserem Land immer weiter beschädigt wird.

Unser Leitbild ist eine moderne Teilhabegesellschaft, in der alle ihren gerechten Anteil erhalten am gemeinsam erarbeiteten Wohlstand.

BÜNDNIS FÜR ARBEIT, INNOVATION UND GERECHTIGKEIT

Die Innovationen und Veränderungen, die unser Land jetzt braucht, sind nur möglich, wenn alle gesellschaftlichen Kräfte mobilisiert werden. Deshalb werden wir ein Bündnis für Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit schmieden:

Sofort nach der Regierungsübernahme wird der sozialdemokratische Bundeskanzler Gewerkschaften und Unternehmen an einen Tisch zusammenholen und gemeinsam mit ihnen die Maßnahmen vereinbaren, die für den Abbau der Arbeitslosigkeit notwendig sind. Zu diesem Bündnis wollen wir auch die Kirchen einladen.

Zu einem Bündnis für Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit gehört ein fairer Interessenausgleich nach dem Grundsatz des gegenseitigen Gebens und Nehmens.

Das wird unser Erfolgsrezept für nachhaltiges Wachstum und neue Arbeitsplätze:

- *Umfassende Innovationen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft*
- *Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft und*
- *ein Bündnis für Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit.*

UNSERE VISION FÜR DAS DEUTSCHLAND DES 21. JAHRHUNDERTS

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben eine klare Vision für die Zukunft unseres Landes:

Wir wollen ein Deutschland mit einer starken Wirtschaft und mit sicheren Arbeitsplätzen. Ein Land, das mit Spitzentechnologie und Spitzenqualität auf den Zukunftsmärkten der Welt erfolgreich ist. Ein Land der sozialen Sicherheit und Gerechtigkeit.

Ein Land, in dem die Familien mit Kindern gut aufgehoben sind und in dem die Gleichberechtigung und Gleichstellung von Frau und Mann nicht nur auf dem Papier steht, sondern gelebte Wirklichkeit ist. Ein Land, das seiner Jugend eine Zukunft gibt und den älteren Menschen Geborgenheit und Sicherheit. Ein Land, das seiner Verantwortung für kommende Generationen gerecht wird und weltweit ein Vorbild ist für die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen. Ein Land, das seine Bürgerinnen und Bürger sicher schützt vor Kriminalität und Gewalt.

Ein Land, das nicht länger gespalten ist zwischen Ost und West. Ein europäisches Deutschland, das der Motor der europäischen Einigung ist. Ein Deutschland des Friedens, der Freiheit und der internationalen Solidarität.

Daß diese Vision Wirklichkeit wird, dafür wollen wir arbeiten.

DIE NEUE MITTE: SPD

Wir laden alle gesellschaftlichen Kräfte ein, gemeinsam mit uns an der Verwirklichung unserer Vision für ein modernes und gerechtes Deutschland mitzuwirken.

Wir wollen die sozialen Gräben in unserer Gesellschaft zuschütten und die innere Einheit unseres Landes vollenden. Wir wollen Arbeit und Wohlstand für alle. Wir verstehen uns als Gemeinschaft der Solidarität der Stärkeren mit den Schwächeren.

Wir setzen auf die Leistungsträgerinnen und Leistungsträger unserer Gesellschaft: Auf die hoch qualifizierten und motivierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auf die Frauen und Männer, die in Familien und Schulen Verantwortung tragen für Erziehung und Bildung unserer Kinder, auf die vorausschauenden und engagierten Manager und Unternehmer, auf die innovativen und flexiblen Mittelständler, Handwerker und Freiberufler, auf die mutigen Existenzgründer, auf die hervorragend ausgebildeten Informatikerinnen, Ärztinnen und Ingenieurinnen, auf die erfindungsreichen Techniker und Wissenschaftler und auf die verantwortungsbewußten deutschen Gewerkschaften.

Das sind Menschen, auf die wir bauen. Zusammen mit diesen Leistungsträgern unserer Gesellschaft sind wir die Neue Mitte Deutschlands. Zu dieser Neuen Mitte gehören auch die Menschen, die ihren Platz in Beruf und Gesellschaft wollen, um ihren Leistungswillen zur Geltung bringen zu können. Dazu gehören auch die Jugendlichen, die Ausbildung und Arbeit suchen, und all die Menschen, die sich nicht abfinden mit Arbeitslosigkeit und Ungerechtigkeit.

Gemeinsam mit der großen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger werden wir dafür sorgen, daß es mit Deutschland wieder aufwärts geht.

Die Zeit für den Wechsel ist da!

1. Starke Wirtschaft – Neue Arbeit

Deutschland braucht mehr Wachstum und neue Arbeitsplätze. Eine wettbewerbsfähige Wirtschaft ist die Grundlage für Arbeitsplätze, für Wohlstand und soziale Sicherheit.

Wir setzen auf die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft: auf die Verbindung von Leistung, Wettbewerb und sozialer Verantwortung.

Der marktwirtschaftliche Leistungswettbewerb der Unternehmen ist der beste Motor für Innovation und neue Arbeitsplätze. Aber erst das Zusammenwirken von marktwirtschaftlichem Wettbewerb und sozialer Stabilität schafft die Grundlage für eine florierende Volkswirtschaft.

Wir setzen auf eine umfassende Modernisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft.

Wir bauen auf die Qualifikation und Motivation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Wir bauen auf die echten Unternehmer. Wir werden unternehmerischen Geist und unternehmerische Tatkraft überall und bei jedem in Deutschland ermutigen und fördern.

Wir wollen ein Bündnis für Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit schmieden: Nur mit einer großen gemeinsamen Anstrengung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Unternehmen, Wissenschaft und Politik können wir die wirtschaftlichen und sozialen Probleme unseres Landes lösen.

CHANCEN DER GLOBALISIERUNG UND DER EUROPÄISCHEN EINIGUNG NUTZEN

Wir wollen, daß die deutsche Wirtschaft die Chancen der Globalisierung nutzt.

Unsere Antwort auf die Globalisierung der Wirtschaft ist eine Politik der inneren Reformen und der internationalen Zusammenarbeit. Die europäische Einigung schafft neue Gestaltungsmöglichkeiten für neuen Wohlstand und neue Arbeit.

Einen Kostensenkungswettlauf gegen die Billiglohnländer dieser Welt kann Deutschland nicht gewinnen. Wenn wir im internationalen Wettbewerb bestehen wollen, dann müssen wir einfach produktiver und besser sein als unsere Konkurrenten. Spitzenprodukte und Spitzenqualität zu wettbewerbsfähigen Preisen, darin liegt die Zukunft der deutschen Wirtschaft.

Wir wollen den Wettbewerb der Unternehmen. Wir wollen auch einen Leistungswettbewerb um das weltweit beste Bildungssystem, die leistungsfähigste Forschung, die neuesten Technologien und um die modernste Infrastruktur; dieser Leistungswettbewerb bringt mehr Wohlstand für alle.

Die globalisierten Märkte brauchen eine neue und faire Weltwirtschaftsordnung, die sich an den Grundsätzen der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft orientiert.

Wir wollen Rahmenbedingungen für einen freien und fairen Leistungswettbewerb der Unternehmen.

Protektionistischen Bestrebungen erteilen wir eine klare Absage.

WACHSTUM, INVESTITIONEN UND NEUE ARBEITSPLÄTZE

Der Abbau der Massenarbeitslosigkeit – das steht im Zentrum unserer Politik.

Mit einer klugen und pragmatischen Kombination von Angebots- und Nachfragepolitik werden wir für mehr Wachstum und neue Arbeitsplätze sorgen.

Sozialdemokratische Angebotspolitik – dazu gehören:

- *Stärkung von Bildung, beruflicher Aus- und Weiterbildung, Forschung und Wissenschaft*
- *Offensive Nutzung und Förderung neuer Technologien*
- *Senkung der gesetzlichen Lohnnebenkosten*
- *Wirksame Hilfen für Mittelstand und Existenzgründer*
- *Stärkung der Investitionskraft der Unternehmen durch Senkung der Unternehmenssteuersätze*
- *Modernisierung des Staates und Abbau überflüssiger Bürokratie.*

Sozialdemokratische Nachfragepolitik – dazu gehören:

- *Steuerliche Entlastung vor allem für Arbeitnehmer und Familien*
- *Konjunkturgerechte Finanzpolitik mit einer Verstetigung der öffentlichen Zukunftsinvestitionen auf möglichst hohem Niveau.*

BILDUNG, FORSCHUNG UND WISSENSCHAFT STÄRKEN

Deutschland muß eine Ideenfabrik werden.

Innovation, Bildung und neue Technologien – das ist die sozialdemokratische Antwort auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

Die SPD-geführte Bundesregierung wird die Zukunftsinvestitionen in Bildung, Forschung und Wissenschaft innerhalb der nächsten fünf Jahre verdoppeln.

Die Umsetzung der Forschungsergebnisse in neue, marktfähige Produkte muß beschleunigt werden.

Wir wollen eine umfassende Bildungsreform zusammen mit allen Beteiligten verwirklichen. Ziele dieser Reform sind mehr Leistung und mehr Chancengleichheit, die Gleichwertigkeit aller Bildungsgänge und das Prinzip Förderung statt Auslese. Wir wollen weniger Bürokratie, dafür mehr Effizienz und mehr Wettbewerb. Weniger Regulierung, dafür mehr Flexibilität, mehr Durchlässigkeit und mehr Praxisbezug.

Wir wollen die Weiterbildung als vierte Säule des Bildungssystems verankern. Die Notwendigkeit des lebenslangen Lernens macht eine enge Verzahnung zwischen Berufsleben und Weiterbildung erforderlich.

AUFBRUCH FÜR INNOVATION UND NEUE TECHNOLOGIEN

Wir wollen die großen Chancen der neuen Technologien nutzen.

Dazu brauchen wir in unserer Gesellschaft eine neue Aufgeschlossenheit für Innovation und technologischen Fortschritt.

Wir wollen eine Innovationsoffensive starten:

In der Bio- und Gentechnologie, bei den neuen Materialien, in der Informationstechnologie, bei Umweltschutztechnologien, bei neuen Energiesystemen und in der Verkehrstechnologie soll Deutschland im internationalen Wettbewerb eine Spitzenposition einnehmen.

Um die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes zu sichern, brauchen wir auch einen Innovationsschub in den großen deutschen Schlüsselindustrien, wie Chemie, Maschinenbau und Automobilindustrie.

Wir wollen, daß in Deutschland auch in Zukunft die besten Autos der Welt produziert werden. Wir wollen, daß hier auch künftig die wirksamsten Medikamente und die intelligentesten Maschinen hergestellt werden.

In Zukunft sollen in Deutschland auch die besten Mikroprozessoren und die leistungsfähigsten Solarzellen gebaut werden.

Wir wollen moderne Arbeits-, Produktions- und Dienstleistungskonzepte fördern.

Wir werden die Kooperation zwischen universitären sowie außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen stärken und die Entwicklung regionaler Innovationsnetze fördern.

Die Förderung des „Humankapitals" wird in Zukunft wichtiger sein als die Förderung von Sachkapital.

CHANCEN DER INFORMATIONSGESELLSCHAFT NUTZEN

Die SPD-geführte Bundesregierung will die Chancen der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien nutzen. Sie öffnen neue Möglichkeiten für zukunftssichere Arbeitsplätze, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für die Erhaltung der Umwelt, für besseren Zugang zu Wissen und Information und für eine stärkere Beteiligung am demokratischen und kulturellen Leben unserer Gesellschaft.

Um diese Chancen nutzen zu können, brauchen die Menschen die Fähigkeit zum aktiven und eigenverantwortlichen Umgang mit den neuen Medien: Medienkompetenz wird mehr und mehr zur Schlüsselqualifikation für die Arbeits- und Berufswelt des 21. Jahrhunderts.

„Alle Schulen ans Netz" – dieses Ziel werden wir mit Hochdruck verfolgen.

NEUE MÄRKTE SCHAFFEN

Deutschland braucht mehr Investitionen in neue Arbeitsplätze. Die Unternehmen werden aber nur dann wieder mehr investieren, wenn sie für ihre Produkte tatsächlich auch Käuferinnen und Käufer finden. Daran aber mangelt es.

Der Export allein reicht nicht. Die zu geringe inländische Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen ist die entscheidende Schwachstelle der Konjunktur.

Zur Stärkung der Binnenkonjunktur brauchen wir:

- *eine gezielte Entlastung bei Steuern und Abgaben und*
- *eine beschäftigungsorientierte Tarifpolitik, die im Rahmen der Produktivitätssteigerung für ausreichende Kaufkraft sorgt.*

TARIFAUTONOMIE BEWAHREN

Die Tarifautonomie hat sich bewährt. Wir erteilen allen Versuchen, sie einzuschränken, eine Absage.

Die Flächentarifverträge sichern verläßliche Rahmenbedingungen für Unternehmen und Arbeitnehmer. Wir unterstützen die Reformbestrebungen der Tarifvertragsparteien. Mit flexiblen Lösungen im Rahmen von Flächentarifverträgen kann der unterschiedlichen Leistungsfähigkeit der einzelnen Unternehmen und den unterschiedlichen Bedingungen in den Branchen, Regionen und Betrieben sowie den Bedürfnissen der Beschäftigten Rechnung getragen werden.

Flexible Lösungen in der Lohnpolitik wie auch in der Arbeitszeitpolitik eröffnen neue Chancen für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

Die SPD wird die Chancengleichheit der Tarifvertragsparteien sichern (Neufassung des § 146 Sozialgesetzbuch III).

KÜRZERE ARBEITSZEIT UND INTELLIGENTE ORGANISATION DER ARBEIT

Eine innovative Wirtschaft braucht eine intelligente Organisation der Arbeit und flexibel ausgestaltete, nach Betriebsgrößen und Branchen differenzierte Arbeitszeiten. Wir fordern die Unternehmen auf, die vorhandenen tarifvertraglichen Flexibilisierungsmöglichkeiten umfassend zu nutzen.

Bei kürzeren und flexiblen Arbeitszeiten können teure Maschinen und Anlagen länger laufen, ohne daß Menschen länger arbeiten müssen.

Im Rahmen flexibler Arbeitszeiten sind Vereinbarungen mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern möglich, die mehr Zeitsouveränität verwirklichen.

Flexiblere und kürzere Arbeitszeiten sind auch notwendig, um eine deutliche Verringerung der Arbeitslosigkeit zu erreichen.

Wir unterstützen die Bemühungen der Tarifparteien, durch kürzere Arbeitszeiten neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Wir brauchen mehr Teilzeitarbeitsplätze, für Männer und Frauen. Überstunden sind soweit wie möglich abzubauen. Wo immer das möglich ist, soll Personalabbau durch beschäftigungssichernde Arbeitszeitmodelle vermieden werden. Wir brauchen auch beweglichere Lebensarbeitszeiten mit flexibleren Übergängen zwischen Arbeit einerseits und Bildung, Nichterwerbstätigkeit und Ruhestand andererseits.

MITTELSTAND UND EXISTENZGRÜNDER STÄRKEN

Mittelstand und Handwerk sind das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Die kleinen und mittleren Unternehmen sind der Motor für Wachstum und Innovation, für Arbeit und Ausbildung.

Die SPD-geführte Bundesregierung wird die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen für Mittelstand, Handwerk und Existenzgründungen verbessern:

- *Durch eine Senkung der Sozialabgaben werden wir die Unternehmen von zu hohen gesetzlichen Lohnnebenkosten entlasten. Diese Entlastung kommt insbesondere den kleinen und mittleren Unternehmen in Mittelstand und Handwerk zugute.*
- *Durch eine Modernisierung von Staat und Verwaltung werden wir überflüssige Bürokratie abbauen. Dazu gehört die*

Vereinfachung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren.

- *Wir werden die Förderung für Mittelstand und Existenzgründer auf wenige Programme konzentrieren, flexibler und durchschaubarer gestalten und in einer Hand bündeln.*

Wir wollen die Innovationsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen stärken:

- *Mit Personalkostenzuschüssen soll kleinen und mittleren Unternehmen die Einstellung von Forschungspersonal ermöglicht werden.*
- *Kleinen und mittleren Unternehmen soll die Zusammenarbeit mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen erleichtert werden.*
- *Die industrielle Gemeinschaftsforschung für kleinere Unternehmen, die keine eigenen Forschungskapazitäten vorhalten können, soll unterstützt werden.*

DEUTSCHLAND BRAUCHT EINE NEUE GRÜNDERWELLE

Unser Land braucht Existenzgründerinnen und Existenzgründer und innovative junge Unternehmen, vor allem im Hochtechnologie- und Dienstleistungsbereich.

Viele innovative, wachstumsstarke Unternehmen finden heute geeignete Finanzierungsmöglichkeiten nur auf den internationalen Finanzmärkten. In Deutschland ist der Markt für Chancenkapital immer noch unterentwickelt. Das werden wir ändern.

Wir werden die Bereitstellung von Chancenkapital fördern, um Kapital für neue Arbeitsplätze und Existenzgründungen zu mobilisieren. Dazu gehören in erster Linie eine Stärkung der Aktie als Finanzierungsinstrument und günstigere Rahmenbedingungen für die Beteiligung an innovativen Unternehmen.

Wir werden speziell auf junge Unternehmen zugeschnittene Börsen fördern und das Engagement von Privatanlegern in Wagniskapital und -beteiligungsgesellschaften durch Anreize zur Risikostreuung anregen.

BESCHÄFTIGUNGSCHANCEN DES DIENSTLEISTUNGSSEKTORS NUTZEN

Im Dienstleistungsbereich bestehen große Potentiale für neue Arbeitsplätze. Damit diese neuen Beschäftigungschancen genutzt werden, braucht Deutschland eine neue Dienstleistungskultur.

Die neuen Potentiale liegen zum einen im Bereich der industriebezogenen Dienstleistungen. Dazu gehören Beratungs-, Qualifizierungs- und Finanzdienstleistungen. Der Handel mit Wissen und Information wird sich immer mehr zu einem eigenen Dienstleistungssektor entwickeln. Ökologisch orientierte Dienstleistungen werden im Hinblick auf eine umweltgerechte und nachhaltige Entwicklung zunehmend an Bedeutung gewinnen. Wir werden Ausbau und Entwicklung dieser Dienstleistungsbereiche durch Unterstützung innovativer Unternehmen in Mittelstand und Handwerk fördern.

Große Arbeitsplatzpotentiale bestehen auch bei personen- und haushaltsbezogenen Dienstleistungen. Dazu zählen z. B. Pflegehilfe, Kinderbetreuung, Haushaltsarbeiten, ergänzende Dienstleistungen im Einzelhandel, Hotel- und Gaststättengewerbe und einige einfache handwerksähnliche Dienstleistungen.

Diese Beschäftigungschancen führen oftmals deshalb nicht zu konkreten Arbeitsplätzen, weil die Dienstleistungen zu teuer sind. Auf der anderen Seite reichen die hier zu erzielenden Löhne für potentielle Beschäftigte nicht aus, um von ihnen existieren zu können.

Mit einer gezielten Entlastung bei Steuern und Abgaben wird die SPD-geführte Bundesregierung die Kosten der Arbeit verringern und gleichzeitig die Nettolöhne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbessern. Dadurch werden wir die Beschäftigung im Dienstleistungssektor erhöhen.

Wir wollen das Angebot für haushaltsbezogene Dienstleistungen in privaten Serviceagenturen bündeln und dort reguläre und sozial abgesicherte Arbeitsverhältnisse mit existenzsichernden Löhnen schaffen.

Bei Bedarf kann jeder Haushalt die Leistungen dieser Vermittlungsagentur für die gewünschte Zeit abrufen. Die Bezahlung der Dienstleistung erfolgt zum Teil durch den privaten Haushalt selbst, zum anderen Teil durch Dienstleistungsgutscheine, die für jeden privaten Haushalt erhältlich sind. Die Kosten der Gutscheine übernimmt die Bundesanstalt für Arbeit. Dadurch werden die Kosten der Arbeit für die privaten Haushalte so verbilligt, daß auch Normal-

verdienende sich Haushaltshilfen leisten können und damit der gewünschte Beschäftigungseffekt erreicht wird.

Durch diese neuen Arbeitsplätze spart die Bundesanstalt für Arbeit Geld, das sie sonst für Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe ausgeben müßte. Damit entspricht dieses Dienstleistungskonzept dem Grundsatz: Arbeit finanzieren statt Arbeitslosigkeit bezahlen.

NEUE PERSPEKTIVEN FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM UND FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT

Die ländlichen Räume in Deutschland sind für die Menschen Orte des Arbeitens, des Wohnens und der Erholung. Die SPD-geführte Bundesregierung setzt auf die Stärken des ländlichen Raumes. Wir wollen lebenswerte und lebendige Städte und Dörfer, in denen sich die Menschen wohl fühlen und in denen sie und ihre Kinder eine sichere Zukunft haben.

Zur weiteren Stärkung der ländlichen Räume werden wir für eine bessere Verzahnung von Wirtschaftspolitik, Agrarpolitik und Umweltpolitik sorgen. Wir werden regionale Wirtschaftsverflechtungen ausbauen und eigenständige Entwicklungen vor Ort unterstützen.

Eine funktionsfähige Landwirtschaft bleibt wesentliches Kernelement für die Wirtschaft des ländlichen Raums. Dazu gehören auch produktionsnahe Verarbeitungsbetriebe und gut entwickelte regionale Wirtschaftskreisläufe. Tourismus, Dienstleistungen, Handwerk und mittelständische Unternehmen öffnen neue Chancen für Wachstum und Beschäftigung.

Wir wollen eine Agrarpolitik, die

- *sich am Prinzip der Nachhaltigkeit und flächendeckenden Landbewirtschaftung orientiert*
- *das Überleben der bäuerlich strukturierten Landwirtschaft in Westdeutschland ermöglicht und*
- *den größeren Betriebsstrukturen in Ostdeutschland gerecht wird.*

Wir wollen der Landwirtschaft die Teilnahme an der allgemeinen Zunahme des volkswirtschaftlichen Wohlstands ermöglichen und den Wert ihrer Qualitätsprodukte sichern.

Die bäuerlichen Leistungen zum Erhalt der Kulturlandschaft müssen anerkannt werden.

MOTIVATION UND LEISTUNG – TEILHABEN AM SAGEN UND HABEN

Wir plädieren für soziale Partnerschaft in den Betrieben und in der Gesellschaft.

Wir wollen eine Teilhabegesellschaft, in der alle ihren gerechten Anteil am gemeinsam erarbeiteten Wohlstand erhalten. Wir wollen die Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Kapital und am Gewinn und an den Entscheidungen der Unternehmen.

Die SPD-geführte Bundesregierung wird die Rahmenbedingungen für die Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Produktivkapital verbessern.

Dazu gehören:

- *Unterstützung von Investivlohnvereinbarungen der Tarifpartner*
- *Förderung von Beteiligungen der Beschäftigten an überbetrieblichen Fonds und*
- *Verbesserung des Insolvenzschutzes für diese Beteiligungen.*

Die SPD-geführte Bundesregierung wird sich einsetzen für

- *den Ausbau der Mitbestimmung am Arbeitsplatz und im Betrieb*
- *die Sicherung und Weiterentwicklung der qualifizierten Mitbestimmung in den Unternehmen und*
- *den Ausbau der Mitbestimmungsrechte in Europa.*

Durch ihre unverantwortlichen Eingriffe in Arbeitnehmerrechte haben CDU, CSU und FDP den sozialen Frieden in unserem Land beschädigt.

Wir werden Fehlentscheidungen

- b*eim Kündigungsschutz,*
- *beim Schlechtwettergeld und*
- *bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall*

korrigieren.

RECHT UND ORDNUNG AUF DEM ARBEITSMARKT

Auf dem Arbeitsmarkt muß wieder Ordnung herrschen.

Sozialdumping, Lohndumping, illegale Beschäftigung und systematische Schwarzarbeit untergraben die sozialen Sicherungssysteme, höhlen die Tarifordnung aus und bedrohen die Existenz legal arbeitender Unternehmen.

Wir wollen neue Beschäftigungsformen auf dem Arbeitsmarkt, aber wir werden weder einen unfairen Wettbewerb noch die Flucht aus der Sozialversicherung zulassen. Wir werden Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt wiederherstellen. Deshalb werden wir den Mißbrauch der 620 Mark/520 Mark-Jobs stoppen und Scheinselbständigkeit bekämpfen.

Wir werden mit einem Aktionsprogramm illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit wirksamer als bisher bekämpfen. Zur Verhinderung von Sozialdumping muß das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort" durch nationale und europäische Regelungen durchgesetzt werden. Die geltenden Sanktionsmöglichkeiten müssen verschärft werden, damit auch Generalunternehmer für illegal agierende Subunternehmer haftbar gemacht werden können.

ARBEIT STATT ARBEITSLOSIGKEIT

Ziel der SPD-geführten Bundesregierung ist, Arbeitslose so schnell wie möglich wieder in Arbeit zu bringen. Absoluten Vorrang hat die Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt.

Unser Grundsatz heißt „Arbeit statt Arbeitslosigkeit": Die Arbeitslosigkeit verursachte 1997 gesellschaftliche Kosten von etwa 180 Milliarden Mark. Wir werden dafür sorgen, daß dieses Geld künftig nicht mehr hauptsächlich für die Bezahlung von Arbeitslosigkeit ausgegeben wird, sondern für die Finanzierung von Qualifizierung und Arbeit. Das verringert die Ausgaben für Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe und bringt Mehreinnahmen bei Steuern und Sozialbeiträgen.

Für alle Arbeitslosen, die länger als sechs Monate ohne Arbeit sind, sollen die Arbeitsämter gemeinsam mit den Betroffenen einen individuellen Plan zur Rückkehr ins Arbeitsleben entwickeln. Wenn die Vermittlung auf einen Arbeitsplatz nicht sofort gelingt, werden wir Brücken in den ersten Arbeitsmarkt bauen:

Betriebe, die Arbeitslose einstellen, sollen
- *Lohnkostenzuschüsse und*
- *Einarbeitungshilfen*

erhalten.

Tarifvereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern, die neue Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnen, werden wir durch Zuschüsse unterstützen.

Dabei geht es zum Beispiel um Modelle der Altersteilzeit oder um Einstiegsteilzeit für junge Menschen nach der Berufsausbildung. Beide Maßnahmen ermöglichen die zusätzliche Einstellung jüngerer Menschen.

Ähnlich wie in Skandinavien wollen wir erreichen, daß Langzeitarbeitslose als Vertretung auf betriebliche Stellen vermittelt werden, die durch Elternurlaub oder Weiterbildung der bisherigen Beschäftigten für eine befristete Zeit unbesetzt sind. Mit diesem Job-Rotations-Programm kann für Langzeitarbeitslose die Rückkehr auf einen Dauerarbeitsplatz erreicht werden.

Zur Anpassung an neue Strukturen werden wir auch die innerbetriebliche Weiterbildung fördern.

Wir werden die aktive Arbeitsmarktpolitik stärker mit der Strukturpolitik in den Regionen verknüpfen.

Die hohe und zunehmende Langzeitarbeitslosigkeit gering Qualifizierter zeigt, daß wir auch wieder mehr einfache Arbeitsplätze brauchen. Bei neuen Arbeitsplätzen mit niedrigen Stundenlöhnen werden wir das Geld, das bisher für die Finanzierung von Arbeitslosigkeit verwendet wurde, einsetzen, um diese Arbeitsplätze bei den Sozialversicherungsbeiträgen zu entlasten. Diese Maßnahme kommt den Beschäftigten und den Arbeitgebern gleichermaßen zugute.

RECHTE DER VERBRAUCHERINNEN UND VERBRAUCHER STÄRKEN

Eine funktionsfähige Marktwirtschaft braucht gut informierte Verbraucherinnen und Verbraucher.

Wir wollen die Verbraucherberatung verbessern und die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken. Besonders vordringlich ist der Schutz vor Gesundheitsgefahren.

2. Gerechte Steuern und solide Finanzen

Die SPD-geführte Bundesregierung will eine Steuerreform für neue Arbeitsplätze, für mehr Steuergerechtigkeit und für eine Vereinfachung des deutschen Steuerrechts.

Zu unserer Steuerreform gehört:

- *eine Senkung der Steuersätze bei der Lohn- und Einkommensteuer*
- *eine Erhöhung des Kindergeldes*
- *eine Senkung der Unternehmenssteuersätze.*

Uns geht es

- *um Steuerentlastungen für Arbeitnehmer und Familien und*
- *um die Stärkung der Investitionskraft der Unternehmen.*

Dies muß auf der Grundlage solider Staatsfinanzen geschehen.

STEUERREFORM FÜR ARBEIT UND GERECHTIGKEIT 1999

Die SPD-geführte Bundesregierung wird sofort nach Aufnahme der Amtsgeschäfte eine große Steuerreform durchführen. Gemeinsam mit den sozialdemokratisch geführten Bundesländern werden wir dafür sorgen, daß diese Steuerreform so schnell wie möglich in Kraft tritt: Wir wollen den Einstieg in diese Steuerreform schon zum Beginn des Jahres 1999.

2500 MARK ENTLASTUNG

Die SPD-Steuerreform bringt für eine durchschnittlich verdienende Familie mit 2 Kindern eine Entlastung von rund 2500 Mark im Jahr.

SENKUNG DER STEUERSÄTZE AUF BREITER FRONT

Zu unserer Steuerreform gehört eine Absenkung der Steuersätze über die gesamte Breite des Tarifverlaufs. Dazu gehört auch eine Verbesserung des Grundfreibetrages.

Ziel der SPD ist eine Senkung des Eingangssteuersatzes von jetzt 25,9 Prozent auf 15 Prozent. Angesichts der schwierigen Finanzlage ist dieses Ziel nur in Schritten zu erreichen. In einem ersten Schritt werden wir den Eingangssteuersatz auf 21,9 Prozent senken.

Zu unserem Konzept gehört auch eine Senkung des Spitzensteuersatzes von jetzt 53 Prozent auf 49 Prozent.

Wenn es gelingt, die Finanzierung sicherzustellen, können diese Steuersätze auch weiter abgesenkt werden.

ERHÖHUNG DES KINDERGELDES AUF 250 MARK

Die SPD will eine Anhebung des Kindergeldes um 30 Mark auf 250 Mark im Monat für das 1. und 2. Kind. Das bedeutet für die Familien eine jährliche Verbesserung von 360 Mark je Kind.

STÄRKUNG DER INVESTITIONSKRAFT DER UNTERNEHMEN

Im Mittelpunkt unserer Unternehmenssteuerreform steht die Senkung der Körperschaftsteuersätze auf ein international vergleichbares Niveau.

Wir werden auch den Steuersatz für gewerbliche Einkommen senken, um gezielt kleinere und mittlere Unternehmen zu entlasten und ihre Investitionskraft zu stärken.

Unser langfristiges Ziel ist eine rechtsformunabhängige Unternehmensbesteuerung, die vor allem die Investitionstätigkeit der Unternehmen fördert.

Um die Investitionskraft der Unternehmen zu stärken, werden wir für eine Senkung der gesetzlichen Lohnnebenkosten sorgen. Vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen in Mittelstand und Handwerk werden dabei entlastet.

STEUERREFORM DER SOLIDITÄT UND DER GLAUBWÜRDIGKEIT

Unsere Steuerreform wird solide finanziert. Denn man darf dem Staat nicht die Mittel nehmen, die dringend gebraucht werden für Schulen und Universitäten, für Forschung, für Kindergärten und für eine gut ausgerüstete Polizei.

Wir werden die steuerliche Bemessungsgrundlage verbreitern. Das wird zu einer spürbaren Vereinfachung des deutschen Steuerrechts führen.

Der Schwerpunkt liegt in der Beseitigung ungerechtfertigter Steuervergünstigungen. Wir werden Gestaltungsmöglichkeiten der Unternehmen bei der Gewinnermittlung an die internationalen Standards angleichen. Unsere Maßnahmen zur Objektivierung der Gewinnermittlung orientieren sich vor allem am Bilanzsteuerrecht der USA.

Zukünftig wird es z. B. nicht mehr möglich sein,

- *bei spekulativen Anlagen zwar laufende Verluste von der Steuer voll absetzen zu können, einen späteren Veräußerungsgewinn aber nur zur Hälfte versteuern zu müssen oder*
- *Wertminderungen im Unternehmen auch dann noch steuerlich geltend machen zu können, wenn der Grund für die Wertminderung zwischenzeitlich weggefallen ist.*

Zu einer glaubwürdigen Steuerreform gehört auch eine konsequente Bekämpfung von Steuerhinterziehung. Durch Steuerhinterziehung werden Beträge in Milliardenhöhe dem Staat und seinen Bürgerinnen und Bürgern entzogen.

MINDESTBESTEUERUNG FÜR MEHR STEUERGERECHTIGKEIT

Durch Einführung einer Mindestbesteuerung werden wir sicherstellen, daß sich gutverdienende Abschreibungskünstler nicht wie bisher der Besteuerung entziehen können:

Dazu wird bei der Ermittlung der Summe der Einkünfte die steuerliche Absetzbarkeit von Verlusten begrenzt.

Unternehmen werden von der Neuregelung des Verlustausgleichs nicht betroffen. Insoweit bleibt es bei der Absetzbarkeit betrieblicher Verluste.

HOHE PRIVATVERMÖGEN AN DER FINANZIERUNG DER BILDUNG BETEILIGEN

Im Sinne eines gerechten Lastenausgleichs werden wir dafür sorgen, daß auch die sehr hohen Privatvermögen wieder einen gerechten Beitrag leisten, um Bildung und andere öffentliche Dienstleistungen finanzieren zu können. Dazu werden wir für eine verfassungskonforme Besteuerung dieser sehr hohen Privatvermögen sorgen. Es bleibt aber dabei: Das Betriebsvermögen der Unternehmen werden wir freistellen.

Mit hohen Freibeträgen werden wir sicherstellen, daß Normalverdiener von der privaten Vermögensteuer nicht betroffen werden. Normale Einfamilienhäuser werden nicht besteuert: Der vorgesehene Freibetrag von z. B. 1 Million Mark für eine Familie mit zwei Kindern liegt deutlich über dem steuerlichen Wert normaler Einfamilienhäuser.

SENKUNG DER SOZIALABGABEN UND ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM

Die SPD-geführte Bundesregierung wird dafür sorgen, daß die Sozialabgaben gesenkt werden. Die Entlastung der Arbeit durch Verringerung der gesetzlichen Lohnnebenkosten ist ein Eckpfeiler unserer Politik für neue Arbeitsplätze.

Zum einen werden wir Strukturreformen durchführen, um die Zielgenauigkeit und Wirtschaftlichkeit der sozialen Sicherungssysteme zu verbessern.

Zum anderen werden wir die Abgabenbelastung durch eine ökologische Steuerreform verringern.

ABSTIMMUNG ÜBER STEUERREFORM

Obwohl die Steuereinnahmen in den letzten Jahren insgesamt stark zurückgegangen sind, stieg die Steuer- und Abgabenbelastung der durchschnittlich verdienenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von 39 Prozent in 1982 auf heute rund 45,5 Prozent. Gleichzeitig ist die steuerliche Belastung von Unternehmensgewinnen und Vermögen erheblich zurückgegangen.

Diese ungerechte Steuerpolitik darf so nicht weitergehen.

Die Bundestagswahl am 27. September 1998 ist auch eine Abstimmung über die Steuerreform: Eine gerechte und solide Steuerreform wird es nur mit einer SPD-geführten Bundesregierung geben.

SANIERUNG DER STAATSFINANZEN

Die SPD-geführte Bundesregierung wird dafür sorgen, daß die zerrütteten Staatsfinanzen wieder in Ordnung gebracht werden.

Dazu gehört eine strenge Haushaltsdisziplin.

Unser Ziel ist die Rückführung der Staatsverschuldung.

Wir dürfen nicht länger auf Kosten der kommenden Generationen leben. Deshalb müssen wir heute auch bereit sein, unsere Ansprüche an den Staat zurückzunehmen.

Im Mittelpunkt unserer Konsolidierungspolitik steht die nachhaltige Stärkung von Wachstum und Beschäftigung: Neue Arbeitsplätze ersparen Ausgaben für Arbeitslosigkeit und verbessern die Einnahmesituation des Staates.

Unsere Finanzpolitik setzt auf Stetigkeit und Berechenbarkeit. Für neue kreditfinanzierte Konjunkturprogramme gibt es keinerlei Spielraum.

KASSENSTURZ UND FINANZIERUNGSVORBEHALT

Wir stellen unser Regierungsprogramm unter einen strikten Finanzierungsvorbehalt.

Unmittelbar nach der Regierungsübernahme werden wir einen Kassensturz vornehmen. Wenn wir nach den 16 Jahren Finanzchaos von CDU, CSU und FDP endlich die volle Wahrheit über die Lage der Staatsfinanzen kennen, werden wir die genauen Prioritäten unserer Regierungsarbeit festlegen.

Aber schon heute sagen wir offen und ehrlich: Nicht alles, was wünschbar wäre, ist auch finanzierbar.

3. Die innere Einheit vollenden: Eine neue Chance für Ostdeutschland

Die Menschen in der ehemaligen DDR haben in einer friedlichen Revolution Freiheit und Demokratie erkämpft. Damit haben sie den Weg für die deutsche Einheit bereitet.

Die *staatliche* Einheit Deutschlands ist erreicht. Die SPD-geführte Bundesregierung wird alle Kraft darauf richten, daß auch die *innere* Einheit Deutschlands vollendet wird. Erst wenn die soziale und ökonomische Spaltung zwischen Ost und West überwunden ist, dann wird auch die deutsche Einheit vollendet sein.

Die Menschen in Ostdeutschland wollen Arbeit, um ihr Leben endlich selbst in die Hand nehmen zu können. Erst dann ist jene Freiheit erreicht, für die die Frauen und Männer in Ostdeutschland 1989 auf die Straße gegangen sind.

Tatsächlich aber steigt im achten Jahr nach der Vereinigung die Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern auf neue Rekordhöhe. Die Arbeitslosigkeit ist etwa doppelt so hoch wie im Westen Deutschlands.

Für die SPD hat die Vollendung der inneren Einheit Deutschlands höchste Priorität. Deshalb werden wir alles unternehmen, um den Anstieg der Arbeitslosigkeit zu stoppen und wieder mehr Menschen in Arbeit zu bringen.

ZUKUNFT FÜR OSTDEUTSCHLAND: VORRANG FÜR NEUE ARBEIT

Die SPD-geführte Bundesregierung wird die Schaffung neuer wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen. Wir wollen eine neue Chance für Ostdeutschland.

Beim wirtschaftlichen Aufbau haben die Ostdeutschen bereits beachtliche Erfolge erzielt: Beim Städtebau, bei der Wohnungsversorgung, beim Ausbau der Infrastruktur, beim Neuaufbau des Bildungswesens und der Hochschulen. In Ostdeutschland arbeitet die modernste und produktivste Autofabrik Europas.

Hier werden hochmoderne Flugzeugtriebwerke entwickelt und gebaut. Es werden Spitzenprodukte der Elektronik, der Optik

und des Waggonbaus hergestellt. In der Chemie sind hochmoderne Arbeitsplätze entstanden. An der Küste entsteht eine international wettbewerbsfähige Schiffbauindustrie.

Dies alles wurde erreicht durch die Aufbauarbeit der Menschen in Ostdeutschland und durch die Aufbauhilfen der Menschen in Westdeutschland. Auch die Strukturpolitik der Europäischen Kommission war dabei unverzichtbar.

Der große Leistungswille der ostdeutschen Frauen und Männer, ihre Bereitschaft zu Qualifikation und Weiterbildung, die Offenheit zur Gründung selbständiger Existenzen, das alles beweist:

Es liegt vor allem an der Politik von CDU, CSU und FDP und den von ihnen gesetzten Rahmenbedingungen, daß die neuen Länder noch so weit vom Ziel gleichwertiger Lebensbedingungen entfernt sind.

SOLIDARITÄT ZWISCHEN WEST UND OST DARF NICHT AUFGEKÜNDIGT WERDEN

Der Aufbau Ostdeutschlands ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, die die Solidarität aller in Ost und West erfordert.

86 Prozent des Länderfinanzausgleichs dienen dem wirtschaftlichen Aufbau in den ostdeutschen Ländern. Das zeigt: Die Forderungen von CDU und CSU zum Länderfinanzausgleich stellen den Aufbau Ost in Frage.

Der Solidarpakt von 1993 bleibt für uns weiterhin das finanzwirtschaftliche Rückgrat für die Verwirklichung der deutschen Einheit.

Die Solidarität zwischen West und Ost darf nicht aufgekündigt werden. Die SPD-geführte Bundesregierung wird gemeinsam mit der Mehrheit der SPD-geführten Länder im Bundesrat dafür sorgen, daß die solidarische Hilfe für Ostdeutschland fortgeführt wird.

NEUE CHANCE FÜR DIE NEUEN LÄNDER: 10-PUNKTE-PROGRAMM „ZUKUNFT OST"

Die SPD-geführte Bundesregierung wird dafür sorgen, daß die neuen Länder eine neue Chance erhalten. Für uns ist der wirtschaftliche Aufbau Ostdeutschlands eine gesamtdeutsche Aufgabe höchster Priorität.

Der Aufbau Ost muß ohne Wenn und Aber fortgesetzt werden. Wir werden ein Aufbau-Programm „Zukunft Ost" durchführen. Dazu gehören die folgenden 10 Aktionspunkte:

1. ***Verläßliche Fortsetzung der Aufbauhilfen und Konzentration der Förderpolitik auf den Aufbau einer industriellen Basis:***

Bürgerinnen und Bürger, Investoren, Länder und Gemeinden in Ostdeutschland brauchen klare und berechenbare Rahmenbedingungen. Die SPD-geführte Bundesregierung wird ein längerfristiges und verläßliches Förderkonzept erstellen. Dadurch ersetzen wir die kurzatmige und unberechenbare Förderpolitik von CDU, CSU und FDP. Eine wettbewerbsfähige industrielle Basis ist die Grundlage für einen selbsttragenden Wirtschaftskreislauf. Deshalb braucht Ostdeutschland zukunftssichere und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze in der industriellen Produktion und bei produktionsnahen Dienstleistungen. Das ist auch die Grundlage für den Aufbau eines modernen Dienstleistungssektors.

Wir werden die Investitions-Förderprogramme vereinfachen und bündeln: Der gegenwärtige Förderdschungel mit mehr als einem halben tausend Programmen und über 700 Einzelmaßnahmen muß durchforstet werden. Ostdeutsche Investoren, in der Regel kleine und mittlere Betriebe, müssen über die Fördermöglichkeiten aus einer Hand beraten werden. Die SPD-geführte Bundesregierung wird dafür sorgen, daß nationale und europäische Förderung sich besser ergänzen.

2. ***Ausbau der ostdeutschen Forschungslandschaft:***

Forschung und Entwicklung haben eine Schlüsselfunktion für den Aufbau einer hochmodernen und international wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstruktur. Deshalb war es ein schwerer Fehler der Bundesregierung, nichts dagegen zu unternehmen, daß in den letzten Jahren fast die gesamte Industrieforschung weggebrochen ist. Notwendig ist eine Innovationsoffensive, die die Qualifikation und den Ideenreichtum der Menschen in Ostdeutschland nutzt. Wir werden eine enge Kooperation zwischen der Industrie und

den Universitäten, Fachhochschulen und Forschungsinstituten in Ostdeutschland fördern.

3. *Aktive Arbeitsmarktpolitik und qualifizierte Ausbildung:*

Die SPD wird die Arbeitslosen nicht länger ihrem Schicksal überlassen. Die SPD-geführte Bundesregierung wird die Mittel, die bisher für die Bezahlung von Arbeitslosigkeit ausgegeben werden, für die Finanzierung von sinnvoller Arbeit und von Qualifizierungsmaßnahmen einsetzen.

Die öffentlich geförderte Beschäftigung wird auf absehbare Zeit ein wichtiges Element der Arbeits-, Sozial- und Strukturpolitik in Ostdeutschland bleiben. Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wird die in den letzten Jahren in diesem Bereich vorgenommenen Einschnitte korrigieren.

Für alle Jugendlichen muß ein qualitativ hochwertiges Angebot an Ausbildungsplätzen geschaffen werden. Absoluten Vorrang hat die Bereitstellung von betrieblichen Ausbildungsplätzen. Nur so kann mittelfristig der Fachkräftebedarf der ostdeutschen Wirtschaft gedeckt werden.

4. *Sonderprogramm „Innovativer Mittelstand":*

Der Mittelstand ist das Rückgrat der ostdeutschen Wirtschaftskraft. Wir werden die Leistungsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen stärken. Dazu gehört vor allem:

- *Förderung innovativer Existenzgründungen*
- *Lohnkostenzuschüsse für neues Forschungspersonal in kleinen und mittleren Unternehmen*
- *Unterstützung von gemeinsamen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen kleiner und mittlerer Unternehmen sowie Förderung ihrer Zusammenarbeit mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen.*

5. *Bessere Kapitalausstattung der ostdeutschen Unternehmen:*

Die SPD-geführte Bundesregierung wird die Bereitstellung privaten Wagnis- und Chancenkapitals unterstützen, um vor allem kleine und mittlere Unternehmen zu fördern und zu stabilisieren. Wir werden kleinen und mittleren Unternehmen den Gang an die Börse erleichtern.

6. *„Nachsorge" bei ehemaligen Treuhand-Unternehmen, die trotz zukunftsfähiger Produkte und Strukturen in Schwierigkeiten geraten:*

In einer gemeinsamen Aktion der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) mit Investoren, Banken und den Ländern soll die Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Unternehmen erreicht werden. Die SPD-geführte Bundesregierung wird auf die Einhaltung der Verträge zur Privatisierung der ehemals volkseigenen Betriebe achten. Vertragsverstöße werden geahndet und Verträge gegebenenfalls, z. B. bei Spekulationsverkäufen, rückgängig gemacht.

7. *Wirksamere Organisation der ostdeutschen Außenwirtschaft:*

Die SPD-geführte Bundesregierung wird den Absatz ostdeutscher Produkte und die Anwerbung ausländischer Investoren fördern. Wir werden dafür sorgen, daß die ostdeutsche Wirtschaft mit Büros auf allen wichtigen Auslandsmärkten vertreten ist und in den neuen Ländern Informations- und Servicezentren unterhalten kann. Dies ist Bestandteil einer aktiven Außenwirtschaftspolitik, bei der auch die deutschen Botschaften im Ausland für die Unterstützung des Aufbaus Ost eingesetzt werden.

8. *Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital:*

Die ostdeutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben ein Recht darauf, am Produktivkapital und am Gewinn der Unternehmen beteiligt zu werden. Der mit den Steuermitteln der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unterstützte Aufbau Ost darf nicht nur zur Vermögensbildung für Wenige im Westen führen.

9. *Verstärkte Fortsetzung der staatlichen Infrastrukturprogramme:*

Die öffentlichen Investitionen in eine moderne Infrastruktur müssen verstärkt und zeitlich vorgezogen werden. Dabei geht es vor allem um die Modernisierung des Verkehrs, den Ausbau der Hochschulen und Forschungseinrichtungen, um Stadterneuerung, Wohnumfeldverbesserung sowie um den Ausbau der beruflichen Bildung.

Der Aufbau Ost darf nicht zur Reservekasse des Bundesfinanzministers werden, aus dem die Defizite des Bundeshaushalts gedeckt werden.

10. *Stabile Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum:*

Wir werden uns gemeinsam mit unseren europäischen Freunden dafür einsetzen, daß es in Brüssel nicht zu politischen Fehlentscheidungen kommt, die zum Zusammenbruch der ostdeutschen Landwirtschaft führen. Die Förderbedingungen – insbesondere auf europäischer Ebene – dürfen die landwirtschaftlichen Betriebe in Ostdeutschland nicht benachteiligen. Die ostdeutsche Landwirtschaft, die wettbewerbsfähig aus der Umstrukturierung hervorgegangen ist, muß eine sichere Zukunftsperspektive bekommen. Dazu gehört auch, daß die bestehenden Regelungen zur Bodenreform und zum EALG (Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz) nicht angetastet

werden. Dies gilt auch für die Nutzer von Erholungsgrundstücken und Eigenheimen.

Viele dieser Maßnahmen sind in ganz Deutschland notwendig, z. B. die Stärkung von Forschung und Wissenschaft, bessere Hilfen für Existenzgründungen, eine Verstärkung der aktiven Arbeitsmarktpolitik sowie die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital.

Angesichts der besonderen Probleme Ostdeutschlands wird die SPD-geführte Bundesregierung dabei aber einen besonderen Schwerpunkt auf die neuen Länder legen.

Die Tarifpolitik hat für den Aufbau Ost besondere Bedeutung. Mit einer beschäftigungsorientierten Tarifpolitik, die im Rahmen von Flächentarifverträgen der unterschiedlichen Leistungsfähigkeit der Unternehmen Rechnung trägt, wird ein wichtiger Beitrag zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen geleistet. Wir setzen auf die Selbstverantwortung der Tarifvertragsparteien.

DER AUFBAU OST MUSS ENDLICH ZUR CHEFSACHE GEMACHT WERDEN

Gegenwärtig besteht in der Aufbaupolitik eine unnötige Zersplitterung der Zuständigkeiten. Vor allem fehlt es an einem wirksamen Controlling-Instrument, d. h. einer starken Institution, die die eingesetzten finanziellen und gesetzlichen Instrumente fortlaufend auf ihre Wirksamkeit hin überprüft. Um die Maßnahmen der verschiedenen Ressorts zu koordinieren und die Wirksamkeit des Aufbaukonzepts zu verbessern, wird die SPD-geführte Bundesregierung im Kanzleramt eine Zentralstelle „Zukunft Ost" mit Kabinettsrang einrichten.

DIE SPD WIRD DIE INNERE EINHEIT DEUTSCHLANDS VOLLENDEN

Wir wollen ein Deutschland, in dem die Menschen in Ost und West nicht länger durch einen sozialen Graben getrennt werden.

Die Politik von CDU und FDP ist gescheitert.

Die SPD ist die einzige Partei, die die berechtigten Interessen der ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger mit bundespolitischer Kraft durchsetzen kann.

4. Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit

Eine moderne Gesellschaft braucht einen funktionsfähigen Sozialstaat.

Wir wissen: Nur wer sicheren Boden hat, ist bereit, Veränderung zu wagen und Risiken einzugehen. Der moderne Sozialstaat bietet diesen sicheren Boden. Er ist Voraussetzung für die Veränderungsbereitschaft der Menschen. Nur eine Gesellschaft mit langfristig verläßlichen Sicherungssystemen läßt Risiken kalkulierbar werden und schafft Raum für Innovationen.

Ziel des modernen Sozialstaates ist Ermutigung zu Eigenverantwortung und Eigeninitiative, nicht Bevormundung. Wir müssen das Verhältnis von Solidarität und Individualität ständig neu bestimmen. Neue Freiräume für die Menschen müssen das Ergebnis sein.

Marktwirtschaftliches System und sozialstaatliche Sicherung ergänzen sich: Der Markt als Steuerungselement für die wirtschaftlichen Abläufe, der Sozialstaat als Garant für eine menschliche Ökonomie. Beides gemeinsam sichert die Teilhabe aller am ökonomischen Erfolg unseres Landes.

Die Massenarbeitslosigkeit untergräbt die Stabilität der sozialen Sicherungssysteme: Durch die sinkende Zahl von Beitragszahlern und die steigende Zahl von Leistungsempfängern zerstört die Arbeitslosigkeit die finanziellen Grundlagen des Sozialstaates.

Mit einer Politik für neue Arbeitsplätze wird die SPD-geführte Bundesregierung dafür sorgen, daß das Verhältnis von Beitragszahlern und Leistungsempfängern wieder ins Lot gebracht wird.

Immer mehr Menschen in der Bundesrepublik sind arm. Um Armut wirkungsvoll bekämpfen zu können, wird die SPD-geführte Bundesregierung dem Bundestag einen nationalen Armuts- und Reichtumsbericht vorlegen.

ARBEIT STATT SOZIALHILFE

Unser Grundsatz heißt: „Arbeit statt Sozialhilfe." Wir wollen dafür sorgen, daß Arbeitsfähigen, die Sozialhilfe erhalten, eine Arbeit, eine Umschulung oder eine Wei-

terbildung angeboten wird. Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen Sozialämtern und Arbeitsämtern verstärken.

Die Arbeitsaufnahme von arbeitslosen Sozialhilfeempfängern soll durch befristete, ergänzende Einkommenszuschüsse gefördert werden (Kombi-Einkommen).
Im Zusammenhang mit diesen positiven Anreizen werden wir dafür sorgen, daß Sozialhilfeempfänger angebotene Arbeitsplätze auch annehmen. Sollten angebotene Arbeitsplätze ohne wichtigen Grund nicht angenommen werden, so müssen die bestehenden gesetzlichen Vorschriften zur Kürzung der Sozialhilfe angewandt werden.

In einer Gemeinschaft gibt es nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten.

VIER STARKE SÄULEN FÜR DIE ALTERSSICHERUNG

Unser Ziel ist ein weiterhin bezahlbares Rentensystem, das den Menschen im Alter einen angemessenen Lebensstandard sichert.

Wir wollen die Alterssicherung der Zukunft auf vier Säulen aufbauen:

1. Die gesetzliche Rentenversicherung wird auch in Zukunft die entscheidende Säule der Altersvorsorge bleiben. Sie muß auch künftig im Alter einen angemessenen Lebensstandard sichern.
2. Zweite Säule ist die betriebliche Altersvorsorge.
3. Dritte Säule ist die private Vorsorge, z. B. durch Wohneigentum und Lebensversicherungen.
4. Als neue zusätzliche Säule der Alterssicherung wollen wir eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Kapitalstock der Volkswirtschaft, am Produktivkapital und am Gewinn der Unternehmen.

SOLIDARITÄT ZWISCHEN ALT UND JUNG: RENTEN DAUERHAFT SICHERN

Das Vertrauen in die Sicherheit der Renten ist erschüttert. Dazu hat auch die von CDU, CSU und FDP beschlossene Kürzung des Rentenniveaus von 70 Prozent auf 64 Prozent beigetragen.

Die Kürzung des Rentenniveaus würde viele Rentnerinnen und Rentner zu Sozialhilfeempfängern machen. Bei Frauenrenten von durchschnittlich 900 Mark im Monat wird dies besonders deutlich. So darf man mit Menschen, die ein Leben lang hart gearbeitet haben, nicht umgehen.

Die SPD-geführte Bundesregierung wird die unsoziale Rentenpolitik unmittelbar nach der Bundestagswahl korrigieren. Sie wird dafür sorgen, daß der Generationenvertrag zwischen Alt und Jung wieder auf eine sichere Grundlage gestellt wird.

Wir werden auch dafür sorgen, daß Frauen eine eigenständige Altersversorgung erhalten.

SICHERUNG DER RENTE – STABILISIERUNG DER BEITRÄGE

Um das Rentensystem für die nächsten Jahrzehnte zu stabilisieren, werden wir die folgenden Strukturreformen durchführen:

■ *Entlastung der Rentenkasse*
Die Rentenkasse muß von den beitragsungedeckten Leistungen befreit werden, die nicht zu den grundlegenden Ausgleichselementen einer Sozialversicherung gehören. Das sind Leistungen, die im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger liegen, wie z. B. ein erfolgreicher Aufbau Ost. Sie sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben und dürfen daher nicht nur von den Beitragszahlern der Rentenversicherung, sondern müssen von allen gemeinsam finanziert werden.

■ *Erweiterung des Versichertenkreises*
Zu einer gerechten Finanzierung gehört es auch, Scheinselbständige und bisher nicht versicherte Selbständige in die Rentenversicherung einzubeziehen. Den Mißbrauch bei den geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen wollen wir beseitigen. Unser Ziel sind sozial abgesicherte Arbeitsplätze für alle.

Mit der Entlastung der Rentenversicherung und der Vergrößerung des Kreises der Beitragszahler können die Beitragssätze zur Rentenversicherung gesenkt und bis weit ins nächste Jahrhundert auf niedrigem Niveau stabilisiert werden.

■ *Verlängerung der Lebensarbeitszeit*
Bei einer sichtbaren Entspannung auf dem Arbeitsmarkt kann die tatsächliche Lebensarbeitszeit an die zunehmende Lebenserwartung angepaßt werden. Damit vermeiden wir, daß aktive ältere Menschen gegen ihren Willen vorzeitig in den Ruhestand geschickt werden. Damit leisten wir auch einen weiteren Beitrag zur Stabilisierung des Rentensystems.

■ *Vorsorgefonds*
Um die demographische Belastung der Rentenversicherung zu bewältigen, die sich in den Jahren 2015 bis 2030 aus dem veränderten Altersaufbau der Bevölkerung ergibt, kann nach der Jahrtausendwende für eine befristete Zeit ein Vorsorgefonds angelegt werden. Mit diesem Vorsorgefonds kann das bestehende Umlageverfahren durch ein Kapitaldeckungsverfahren sinnvoll ergänzt werden. Bei dem Vorsorgefonds ist auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt zu berücksichtigen.

UNSER KONZEPT FÜR EINE LANGFRISTIGE RENTENREFORM

Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft haben in der Vergangenheit immer wieder Anpassungen der Alterssicherung notwendig gemacht. Der unverkennbare Wandel im Erwerbsleben und in der Familie sowie die demographische Entwicklung erfordern – wie bereits bei der Rentenreform '92 von der SPD angekündigt – auf längere Sicht eine erneute Strukturreform, um die Renten dauerhaft zu sichern.

Neben dem Normalarbeitsverhältnis, auf dem das traditionelle Rentensystem basiert, gibt es immer mehr Teilzeitarbeit und immer häufiger einen Wechsel zwischen Phasen der Erwerbstätigkeit und der Nichterwerbstätigkeit, etwa bei Kindererziehung, Weiterqualifizierung oder vorübergehender Arbeitslosigkeit. Es gibt auch zunehmend Erwerbstätigkeiten, in denen eine Versicherungspflicht nicht besteht.

Durch diese gebrochenen Erwerbsbiographien werden zukünftig mehr Menschen keine geschlossenen Versicherungsverläufe haben. Der Ausfall von Beitragszahlungen gefährdet das Prinzip der lebensstandardsichernden Rente und die Funktionsfähigkeit des Umlageverfahrens.

Daher streben wir eine Rentenversicherungspflicht für alle Erwerbstätigen an. Langfristig ist auch eine Versicherungspflicht für alle Bürgerinnen und Bürger zu prüfen. Ziel ist es, für jeden einen möglichst geschlossenen Versicherungsverlauf sicherzustellen und dadurch seine Altersversorgung zu garantieren.

Auch bei dieser Reform gilt: Es bleibt bei der beitrags- und leistungsbezogenen Rente.

GESUNDHEIT MUSS FÜR ALLE BEZAHLBAR SEIN

Die SPD-geführte Bundesregierung wird dafür sorgen, daß Gesundheit für alle bezahlbar bleibt, und jeder den gleichen Anspruch auf gute medizinische Versorgung hat. Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsförderung müssen einen hohen Rang erhalten.

Stabile Krankenversicherungsbeiträge durch mehr Wirtschaftlichkeit und mehr Wettbewerb

Wir wollen den Anstieg der Krankenversicherungsbeiträge stoppen und die Beiträge dauerhaft stabilisieren.

Wir werden Strukturreformen durchführen, die – ohne Beeinträchtigung der Gesundheitsversorgung – mehr Wirtschaftlichkeit und mehr Wettbewerb bringen.

Wir werden globale Einsparziele vorgeben („Globalbudget"), die unter Mitwirkung der am Gesundheitswesen Beteiligten erarbeitet werden sollen.

Zu unserem gesundheitspolitischen Konzept gehört darüber hinaus:

- *Stärkung der Rolle der Hausärzte,*
- *bessere Zusammenarbeit von Hausärzten, Fachärzten und Krankenhäusern,*
- *gemeinsame Nutzung teurer Medizintechnik,*
- *stärkeres Kostenbewußtsein in den Krankenhäusern,*
- *Vorrang für Rehabilitation vor Frühverrentung und Pflege,*
- *Stärkung der Patientenrechte.*

Wir werden sicherstellen, daß der Leistungskatalog der Krankenkassen alle medizinisch notwendigen Gesundheitsleistungen enthält.

Um die Qualität der Versorgung zu verbessern und die Kosten zu senken, werden wir alle medizinisch fragwürdigen Leistungen und Arzneimittel aus dem Leistungskatalog der Krankenkassen streichen (Positivliste).

Patienten nicht überbelasten

Wir wollen einen vollwertigen und solidarischen Schutz für alle Versicherten.

Die bestehenden Zuzahlungsregelungen werden wir überprüfen. In einem ersten Schritt werden wir chronisch Kranke und ältere Patienten von Zuzahlungen entlasten.

Bei Zahnersatz für ab 1979 geborene Jugendliche werden wir die abgeschafften Krankenkassenleistungen wieder einführen.

NEUE WEGE IN DER DROGENPOLITIK

Wir wollen neue Wege in der Drogenpolitik. Wir werden eine Drogenpolitik gestalten, bei der Hilfe für die Abhängigen und gesundheitliche Vorsorge im Vordergrund stehen.

Wir setzen auf Prävention, weil wir mit Aufklärung und vorbeugender Hilfe für gefährdete Personen alles dafür tun wollen, daß Menschen nicht in die Suchtabhängigkeit geraten. Wir setzen auf Hilfe, weil wir wissen, daß Sucht eine Krankheit ist und der Behandlung bedarf.

Wir sagen der Drogenmafia den Kampf an.

Wir wollen der Drogenkriminalität den Boden entziehen: Wir wollen Hilfe statt Strafe für die Abhängigen, aber eine rigorose Strafverfolgung der Drogenhändler.

RECHTE DER BEHINDERTEN STÄRKEN

Dem im Grundgesetz verankerten Benachteiligungsverbot für Behinderte muß Geltung verschafft werden. Die behinderten Mitbürgerinnen und Mitbürger brauchen den Schutz und die Hilfe der gesamten Gesellschaft.

Unser Ziel ist es, den behinderten Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Behinderte müssen am Berufsleben teilhaben können. Unsere Gesellschaft kann es sich nicht leisten, auf die Qualifikation und Motivation behinderter Mitbürgerinnen und Mitbürger zu verzichten.

Wir werden die Aufgaben und Leistungen der Rehabilitation in einem eigenen Buch des Sozialgesetzbuches zusammenführen.

BEZAHLBARE WOHNUNGEN UND LEBENSWERTE STÄDTE

Wir wollen mehr bezahlbare Wohnungen und mehr Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden.

Bei unserer Wohnungsbaupolitik werden wir neue Akzente setzen: Kostensparendes Bauen, Abbau überflüssiger Subventionen, Förderung genossenschaftlicher Wohnformen und eine stärkere Berücksichtigung von Umweltschutz und Energieeinsparung. Um mehr bezahlbare Wohnungen zu schaffen, muß auch das Engagement von Wohnungsgesellschaften und von privaten Investoren verstärkt werden.

Mit einem Sonderprogramm werden wir die speziellen sozialen Probleme der Großsiedlungen angehen. Eine spürbare Verbesserung der Wohnsituation ist notwendig, um Kindern und Jugendlichen das Gefühl der Geborgenheit zu geben und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in diesen Wohnquartieren zu erhöhen.

Für den freifinanzierten Mietwohnungsbau wollen wir verläßliche und berechenbare steuerliche Rahmenbedingungen. Wir werden aber die steuerliche Förderung nach oben begrenzen, damit die große Mehrheit der Steuerzahler nicht länger überflüssige Luxusbauten mitfinanzieren muß. Durch Abbau der Luxusförderung können mehr Mittel mobilisiert werden für den Neubau und die Modernisierung von preiswerten Wohnungen.

Menschengerechte Städte

Mit einer neuen Städtebauförderung werden wir dafür sorgen, daß die Wohnsituation der Menschen in ihren Stadtteilen verbessert wird. Wir wollen weniger Verkehrslärm, weniger Gefahren für spielende Kinder, ein gesundes Wohnumfeld und eine bessere Verkehrsplanung. Wir wollen lebendige Zentren und Stadtviertel mit guten Einkaufs-, Dienstleistungs-, Freizeit- und Kulturangeboten.

Mehr Sozialwohnungen

Die SPD-geführte Bundesregierung wird dafür sorgen, daß die Zahl der Sozialwohnungen wieder vergrößert wird: Wir werden den Neubau von Sozialwohnungen verstärken. Durch neue Instrumente muß aber auch der bereits vorhandene Wohnungsbestand genutzt werden, um das Angebot an bezahlbarem Wohnraum zu verbessern.

Soziales Mietrecht verteidigen – Wohngeld verbessern

Die SPD-geführte Bundesregierung wird das soziale Mietrecht im Interesse der Millionen Mieterinnen und Mieter gegen alle Angriffe verteidigen.

Wir werden das Wohngeld reformieren und es zu einem treffsicheren und familiengerechten Instrument einer sozialen Wohnungspolitik machen.

ZUWANDERUNG SOZIALVERTRÄGLICH STEUERN

Deutschland ist ein weltoffenes Land. Wir wollen die Integration der bei uns lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die sich zu unseren Verfassungswerten bekennen.

Mit ihrer Arbeitskraft, ihren Steuerzahlungen, ihrem Beitrag zum sozialen Sicherungssystem tragen sie zu unserem Wohlstand bei und bereichern unsere Gesellschaft sozial und kulturell.

Kernstück einer erfolgreichen Integrationspolitik ist die Schaffung eines modernen Staatsangehörigkeitsrechts. Dazu gehört, daß die in Deutschland geborenen Kinder von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten, wenn schon die Mutter oder der Vater in Deutschland geboren worden ist.

Das Ausländerrecht ist human und sozial auszugestalten.

Integration kann nur gelingen, wenn die Grenzen der Aufnahmefähigkeit und Aufnahmebereitschaft der Gesellschaft beachtet werden. Deshalb wollen wir eine wirksame gesetzliche Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung. Sie muß die Arbeitsmarktlage, die Leistungsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme und humanitäre Gesichtspunkte berücksichtigen.

Flüchtlinge und Zuwanderer sind unterschiedliche Personengruppen. Wer politisch verfolgt ist, hat Anspruch auf Schutz.

5. Familien wieder eine Zukunft geben

Die Familie soll den Menschen Liebe, Geborgenheit, Anerkennung und Wärme geben.

Die Familie gehört zu den wichtigsten Leistungsträgern in unserer Gesellschaft. Sie soll Garant sein für den Zusammenhalt der Menschen und für die freie Entfaltung der Individuen. In ihr wird die Grundlage für Verantwortungsfähigkeit angelegt.

Wir werden alles unternehmen, damit Deutschland wieder ein familien- und kinderfreundliches Land wird.

Familie ist, wo Kinder sind. Deshalb wollen wir alle dauerhaften Lebensgemeinschaften mit Kindern rechtlich als Familie anerkennen. Alleinerziehende verdienen die besondere Unterstützung der Gesellschaft.

DIE ENTSCHEIDUNG „FÜR KINDER" ERLEICHTERN

Die SPD-geführte Bundesregierung wird dafür sorgen, daß sich die wirtschaftliche und soziale Lage der Familien spürbar verbessert.

Wir werden die Beschäftigungspolitik, die Sozialpolitik, die Steuerpolitik sowie die Frauen- und Jugendpolitik so ausrichten, daß die Familien in Deutschland wieder eine Zukunft haben. Wir wollen die Wohn- und Lebensbedingungen familiengerecht gestalten.

Der Staat kann nicht das persönliche Glück und die Liebe zwischen Menschen garantieren. Aber er hat Voraussetzungen zu schaffen, die es den Familien ermöglichen, mit den Wechselfällen des Lebens zurechtzukommen. Er muß dafür sorgen, daß die Entscheidung für Kinder nicht zu einer untragbaren materiellen Belastung der Eltern führt.

Wir geben der Familienförderung einen neuen Stellenwert. Wir wollen einen angemessenen Familienleistungsausgleich zugunsten der Familien mit Kindern.

Wir wollen unseren Kindern und Enkeln und den noch nicht geborenen Generationen eine lebenswerte Umwelt hinterlassen. Die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen ist ein zentraler Orientierungspunkt auch unserer Familienpolitik.

VERBESSERUNG DES KINDERGELDES AUF 250 MARK

Die SPD-geführte Bundesregierung wird sofort nach der Bundestagswahl das Kindergeld für das 1. und 2. Kind auf 250 Mark pro Monat anheben.

Die Förderung des Zusammenlebens mit Kindern muß Vorrang haben.

Die Familie steht auch im Mittelpunkt unserer Steuerpolitik.

Wir werden eine Steuerreform durchführen, die vor allem ein Ziel hat: Die Entlastung der Arbeitnehmer und Familien.

FAMILIENLEISTUNGEN BEI DER ALTERSSICHERUNG ANERKENNEN

Den Menschen, die in den Familien für Erziehung, Pflege und Betreuung sorgen, werden wir eine angemessene Altersversorgung sichern.

Kindererziehung ist eine der wichtigsten Leistungen für die Gesellschaft. Deshalb muß die Zeit der Kindererziehung auch bei der Altersversorgung der Eltern angemessen berücksichtigt werden.

POLITIK FÜR KINDER UND FÜR DIE VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF

Damit ein ausreichendes Angebot an Kindertagesstätten und an Ganztagsbetreuung geschaffen werden kann, wollen wir die Finanzkraft der Städte und Gemeinden stärken. In den neuen Ländern müssen die bestehenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten gesichert werden.

Wir werden das Erziehungsgeld zu einem Elterngeld mit realistischen Einkommensgrenzen weiterentwickeln. Wir werden den Erziehungsurlaub zu einem Elternurlaub mit einem Erziehungszeitkonto umwandeln, so daß beide Elternteile die Chance auf Teilzeitarbeit haben. Damit sollen die Wahlmöglichkeiten der Eltern erweitert und die Voraussetzungen für eine partnerschaftliche Kindererziehung geschaffen werden. Darüber hinaus wollen wir Wege finden, wie Elternurlaub auch für Väter attraktiv gemacht werden kann.

Wir wollen eine aktive Arbeitsmarkt- und Arbeitszeitpolitik mit familienfreundlichen Regelungen.

6. Frauen nach vorn – Neuer Aufbruch für die Frauenpolitik

Wenn unsere Gesellschaft die Herausforderungen der Zukunft meistern will, dann muß sich das geistige Potential, die Kreativität und die Initiative von Frauen voll entfalten können.

Die Frauenpolitik muß neuen Schwung erhalten.

Die SPD will die Gleichstellung von Mann und Frau wieder zu einem großen gesellschaftlichen Reformprojekt machen.

Dazu müssen die politischen und kulturellen Verkrustungen der letzten 16 Jahre überwunden werden. Wir brauchen neue Einstellungen und Verhaltensweisen in der Gesellschaft, um ein partnerschaftliches Miteinander von Mann und Frau zu erreichen.

Wir wollen, daß jede Frau und jeder Mann über den eigenen Lebensentwurf frei entscheiden kann. Die SPD-geführte Bundesregierung will dafür sorgen, daß weder Frauen noch Männer gezwungen sind, sich zwischen Beruf und Familie entscheiden zu müssen.

Gerade die Frauen in Ostdeutschland mußten in den letzten Jahren erfahren, daß ihre beruflichen Qualifikationen und Erfahrungen und ihre ehemals selbstverständlichen Rechte in Frage gestellt wurden.

Wir wollen den Frauen in Ost und West die Chance geben, Beruf und Familie miteinander zu verbinden und ihren Anteil an der Erwerbsarbeit zu stärken.

AKTIONSPROGRAMM „FRAU UND BERUF"

Die SPD-geführte Bundesregierung wird ein Aktionsprogramm „Frau und Beruf" starten:

- *Mit einem Gleichstellungsgesetz streben wir die gleichberechtigte Teilhabe der Frauen im Berufsleben an.*

- *Bei der aktiven Arbeitsförderung werden wir für eine gleichberechtigte Teilhabe der Frauen sorgen.*
- *Wir werden Existenzgründungen von Frauen unterstützen, um die Benachteiligung bei Startkapital und Fremdkapitalbeschaffung auszugleichen.*
- *Mit flexibleren Arbeitszeiten und besseren Bedingungen für Teilzeitarbeit ist für eine gerechtere Verteilung der Erwerbsarbeit und der Familienarbeit zwischen Frauen und Männern zu sorgen.*
- *Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind mehr Kinderbetreuungseinrichtungen notwendig; dazu werden wir die Finanzkraft der Länder und Gemeinden stärken.*

GLEICHBERECHTIGUNG IN BILDUNG UND AUSBILDUNG

Mädchen und jungen Frauen soll der Zugang in zukunftsorientierte Berufe gesichert werden. Die Mädchen und die jungen Frauen sollen grundsätzlich die Hälfte aller Ausbildungsplätze erhalten.

Wir werden bei unserer Hochschulreform die Frauenförderung verbessern.

Zur Chancengleichheit der Frauen gehört auch eine bessere Vereinbarkeit von Weiterbildung und Familie.

EIGENSTÄNDIGE ALTERSSICHERUNG DER FRAU

Wir wollen eine eigenständige Alterssicherung für Frauen. Sie muß dem Grundsatz der gleichberechtigten Teilhabe der gemeinsam erworbenen Ansprüche Rechnung tragen. Damit stärken wir die Gleichberechtigung von Mann und Frau in Ehe und Partnerschaft.

SCHUTZ VON FRAUEN VOR GEWALT

Vergewaltigung und sexueller Mißbrauch sind ein Angriff auf das Recht von Frauen und Mädchen auf körperliche Unversehrtheit und sexuelle Selbstbestimmung. Wir wollen der Gewalt gegen Frauen und Mädchen vorbeugen – dazu gehört auch eine wirksame Bestrafung der Täter.

Frauenhäuser sind eine unverzichtbare Zufluchtstätte für Frauen, die von häuslicher Gewalt bedroht sind. Wir werden diese Schutzstätten fördern. Wir wollen erreichen, daß in Zukunft die Familienwohnung der geschlagenen Frau und den Kindern überlassen wird und der gewalttätige Partner zu weichen hat.

§ 218 – HILFE STATT STRAFE

Die SPD hält an dem breiten gesellschaftlichen Konsens zum § 218 fest: Statt Strafe für die Frauen setzen wir auf Beratung und Hilfe.

Wir wollen eine kinderfreundliche Gesellschaft, in der die Vereinbarkeit von Beruf und Kindern allen möglich ist.

Die SPD-geführte Bundesregierung wird dafür sorgen, daß die Zielsetzung des Schwangeren- und Familienhilfegesetzes mit aller Kraft umgesetzt wird.

7. Jugend braucht Zukunft – Bildung für alle

Jugend ist die Zukunft einer Gesellschaft. Politik muß den Jugendlichen Chancen für ein selbstbestimmtes Leben eröffnen.

Die Ausbildung unserer Jugend ist die wichtigste Investition für die Zukunft unseres Landes.

Die Chancengleichheit von Mädchen und Jungen in Ausbildung, Beruf und Gesellschaft ist für uns ein besonderes Anliegen.

Die SPD-geführte Bundesregierung wird alles unternehmen, damit die Jugend in Deutschland eine sichere Zukunft hat. Wir wollen

- *jedem Jugendlichen eine gute schulische und berufliche Ausbildung ermöglichen,*
- *allen Jugendlichen eine Chance auf einen qualifizierten Ausbildungsplatz und auf den Übergang ins Erwerbsleben geben,*
- *die Hochschulen zu Zukunftswerkstätten entwickeln,*
- *soziale Lebensräume für Kinder und Jugendliche sichern,*
- *mehr Demokratie wagen und Jugendlichen stärkere politische Teilhabe ermöglichen.*

Kein Jugendlicher darf von der Schule in die Arbeitslosigkeit geschickt werden.

NEUER GENERATIONENVERTRAG MIT DER JUGEND: AUSBILDUNG, ARBEIT, UMWELT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT

Unsere Gesellschaft steht vor wichtigen Entscheidungen über die politische, ökonomische und soziale Zukunft. Diese Entscheidungen betreffen ganz besonders die Jugendlichen. Die Jugend muß an diesen Entwicklungen teilhaben können.

Wir schließen mit der Jugend einen „Generationenvertrag für die Zukunft". Dazu gehören folgende Maßnahmen:

- *Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit*

Das wird die allererste Maßnahme der neuen SPD-geführten Bundesregierung. Mit einem Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit werden wir dafür sorgen, daß 100 000 jugendliche Arbeitslose so schnell wie möglich in Ausbildung und Beruf kommen.

Wir wollen, daß alle Jugendlichen, die länger als sechs Monate arbeitslos sind, einen Ausbildungsplatz oder einen Arbeitsplatz erhalten. Für die Finanzierung des Programms werden die Mittel eingesetzt, die sonst für die Bezahlung der Jugendarbeitslosigkeit ausgegeben werden müßten. Unser Grundsatz heißt: „Ausbildung und Arbeit statt Jugendarbeitslosigkeit."

- *Ausbildungsoffensive '99*

Die SPD-geführte Bundesregierung wird schon im kommenden Jahr dafür sorgen, daß jeder Jugendliche die Chance auf einen qualifizierten Ausbildungsplatz erhält.

Dafür ist eine enge Kooperation mit der Wirtschaft und mit den öffentlichen Verwaltungen und Unternehmen erforderlich. Wirtschaft und öffentlicher Dienst müssen in eigener Verantwortung für ein ausreichendes Lehrstellenangebot sorgen. Anderenfalls wird auf gesetzlicher Grundlage ein fairer, bundesweiter Leistungsausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben notwendig.

Die Ausbildungsberatung in den Kammerbezirken muß verstärkt werden, auf regionaler Ebene müssen Ausbildungskonferenzen durchgeführt und ein regionaler Konsens zur Schaffung von Ausbildungsstellen gefunden werden. Darüber hinaus sollen Ausbildungsverbünde gefördert, über- und außerbetriebliche Ausbildungsstätten modernisiert und zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten an berufsbildenden Schulen bereitgestellt werden. Besonders für Ostdeutschland und für strukturschwache Gebiete im Westen sind über- und außerbetriebliche Ausbildungsplätze unverzichtbar.

Die Intensivierung der Berufsvorbereitung in allen Schulstufen, die Entwicklung neuer Berufsbilder und die Modernisierung der Ausbildungsgänge muß vorangebracht werden. Ausbildung und Weiterbildung müssen enger miteinander verzahnt werden.

- *Gerechte Arbeitszeitregelung als Chance für den Berufseinstieg*

Durch Flexibilisierung und Verkürzung der Arbeitszeit kann Jugendlichen der Einstieg ins Berufsleben ermöglicht werden.

Wir werden entsprechende Vereinbarungen der Tarifvertragsparteien unterstützen.

■ *Gerechte Gesellschaft – gerechte Zukunft*

Kinder haben eigene Rechte. Ihre Menschenwürde muß geschützt werden. Kinder und Jugendliche sind zu Selbstverantwortung und sozialem Verhalten zu erziehen.

Junge Menschen wollen ernst genommen werden. Deshalb müssen ihre Beteiligungschancen in der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung erweitert werden. Die Jugend will soziale Gerechtigkeit. Dazu gehört auch, daß die Finanzierung der künftigen Alterssicherung weiterhin von Alt und Jung solidarisch getragen wird.

Die Jugend will, daß endlich ernst gemacht wird mit dem Schutz der Umwelt und des Lebens. Wir wollen den Ausstieg aus der Kernenergie, und zwar so schnell wie möglich.

Die ausländischen Kinder und Jugendlichen gehören dazu, wenn wir eine moderne und weltoffene Zukunft schaffen wollen. Wir werden die gesellschaftliche Integration unserer ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger erleichtern.

Wir werden sicherstellen, daß die Jugendverbände in Deutschland ihren unverzichtbaren Beitrag für die Jugendarbeit leisten können.

Vor allem in der Kinder- und Jugendarbeit wollen wir ehrenamtliche Tätigkeit fördern und anerkennen.

Wir werden die Gleichbehandlung von Wehr- und Zivildienst durchsetzen.

CHANCENGLEICHHEIT IN DER BILDUNG

Bildung ist die Grundlage für die Entwicklung der Persönlichkeit und für ein selbstbestimmtes Leben.

Unsere Leitidee heißt: Bildung für alle. Dazu gehört die volle Chancengleichheit beim Zugang zu höherer Bildung.

Der Zugang zum Studium darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein.

Wir werden für eine BAföG-Reform mit einer bedarfsgerechten Ausbildungsförderung sorgen. Eine Verkürzung der Studienzeiten kann nur gelingen, wenn die Studierenden ausreichende materielle Studienbedingungen vorfinden. Die SPD-geführte Bundesregierung wird die Talfahrt bei der Ausbildungsförderung stoppen. Zur finanziellen Förderung des Studiums wollen wir alle ausbildungsbezogenen staatlichen Leistungen zusammenfassen und so einsetzen, daß eine elternunabhängige Grundförderung für alle Studierenden während des regulären Studiums gezahlt werden kann, die je nach Bedarf durch eine Zusatzförderung ergänzt wird.

Studiengebühren lehnen wir ab.

HOCHSCHULEN MODERNISIEREN

Wir wollen eine Hochschulreform, gemeinsam mit allen Beteiligten. Die Hochschulen sollen wieder Stätten des wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Diskurses werden.

Die deutschen Hochschulen brauchen mehr Autonomie und mehr Leistungswettbewerb untereinander. Notwendig ist auch eine Straffung und bessere Organisation der Studiengänge. Forschung und Lehre müssen international ausgerichtet sein. Die Qualität der Lehre muß verbessert werden. Der Wissenstransfer muß optimiert werden.

Wir wollen auch mehr demokratische Mitbestimmungsrechte an den Hochschulen.

Wir wollen dem wissenschaftlichen Nachwuchs eine Chance geben und den Frauenanteil in Lehre und Forschung erhöhen.

Wir wollen qualifizierten Berufstätigen in allen Ländern den Zugang zur Hochschule eröffnen und die Förderung der Aufstiegsfortbildung verbessern.

BILDUNG BEGLEITET DAS LEBEN

Ständige Weiterbildung ist notwendig. Der Grundstein dafür muß schon in der Erstausbildung gelegt werden. Weiterbildung hat auch den Wert, Qualifikation vorausschauend anpassen zu können. Die Weiterbildung muß angesichts schneller Wissensvermehrung und schnellen Wandels der Qualifikationsanforderungen aus-

gebaut werden. Es muß ein bundeseinheitlicher Rahmen geschaffen werden, der die Vielfalt der Träger und die Qualität der Angebote sichert.

Wir werden die politische Jugend- und Erwachsenenbildung stärken. Nicht zuletzt zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt brauchen wir größere Anstrengungen im Bereich der Jugendhilfe und der Jugendverbände.

8. Die Chancen des längeren Lebens nutzen – Politik für ältere Menschen

Der Wunsch, lange zu leben, erfüllt sich für immer mehr Menschen in Deutschland.

Wir wollen dafür sorgen, daß die neuen Chancen des längeren Lebens genutzt werden.

Diese „Gesellschaft des langen Lebens" erfordert ein Umdenken in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

ENGAGEMENT UND LEISTUNGSBEREITSCHAFT DER ÄLTEREN MENSCHEN NUTZEN

Von der Lebenserfahrung und dem Engagement der Älteren kann die gesamte Gesellschaft profitieren.

Bei den Älteren gibt es ein hohes soziales, kulturelles, politisches, sportliches und nachberufliches Engagement. Dieses Engagement werden wir verstärkt fördern. Dabei geht es z. B. um Wissensvermittlung, um praktische Nachbarschaftshilfe und um Hilfe für die Mitmenschen. Selbsthilfe-Netzwerke, auch zwischen Alt und Jung, werden wir unterstützen.

Bei der Gestaltung des demokratischen Lebens sollte stärker als bisher das Wissen und die Erfahrung der älteren Menschen einbezogen werden.

WISSEN UND ERFAHRUNG DER ÄLTEREN EINBEZIEHEN

Leistungsfähige und motivierte ältere Menschen sollten nicht in den Ruhestand gezwungen werden. Die Lebensarbeitszeit muß flexibler gestaltet werden. Entsprechend der steigenden Lebenserwartung ist auf freiwilliger Basis auch eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit sinnvoll.

Neue Lebenslagen und Lebensstile der Älteren eröffnen Chancen für zusätzliche und neuartige Dienstleistungen und Produkte. Das schafft zugleich Wachstum und neue Arbeitsplätze.

SICHERE RENTEN

Die SPD-geführte Bundesregierung wird dafür sorgen, daß der Generationenvertrag zwischen Alt und Jung erhalten bleibt.

Die von CDU, CSU und FDP beschlossene Kürzung des Rentenniveaus macht viele Rentnerinnen und Rentner zu Sozialhilfeempfängern. So darf man mit Menschen, die ein Leben lang hart gearbeitet haben, nicht umgehen.

Die SPD-geführte Bundesregierung wird das Rentengesetz von CDU, CSU und FDP umgehend korrigieren.

Wir werden für die dauerhafte Stabilität der gesetzlichen Rentenversicherung sorgen, damit die Menschen im Alter einen angemessenen Lebensstandard haben. Wir werden auch Voraussetzungen dafür schaffen, daß die gesetzliche Rente durch private Vorsorge, Betriebsrenten und durch eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital ergänzt wird.

Wir wollen, daß alte Menschen nicht auf Sozialhilfe angewiesen sind: Wir werden eine soziale Grundsicherung einführen, die im Bedarfsfalle die Rente so erhöht, daß Armut im Alter verhindert und die Inanspruchnahme von Sozialhilfe vermieden wird. Dadurch werden auch die Städte und Gemeinden bei der Sozialhilfe entlastet.

Wir werden für ältere Patientinnen und Patienten die Zuzahlungen zu Arzneimitteln senken.

EIN LEBENSABEND IN WÜRDE UND SOZIALER SICHERHEIT

Wir werden alles dafür tun, daß ältere Menschen auch im hohen Alter ein Leben in Würde und sozialer Sicherheit führen können.

Die Qualität der Pflege und der Betreuung im Alter muß ständig überprüft und weiter verbessert werden. Wir werden den Schutz der Älteren vor Gewalt verbessern.

Die Risiken altersspezifischer Krankheiten wollen wir durch zusätzliche Forschung mindern.

Die Humanität einer Gesellschaft muß sich auch darin beweisen, daß der Lebensabend menschenwürdig ist.

9. Die ökologische Modernisierung als Jahrhundertchance für Arbeit und Umwelt

Wir sind in der Verantwortung, nicht nur für uns und unsere Kinder, sondern auch für zukünftige Generationen, die heute noch gar nicht geboren sind.

Unser Ziel ist eine dauerhafte soziale und umweltverträgliche Entwicklung. Wir unterstützen die Forderungen, die der „Erdgipfel" von Rio de Janeiro 1992 für die globale Völkergemeinschaft aufgestellt hat („Agenda 21").

Wir wollen eine zukunftsfähige Politik, die wirtschaftliche, soziale und ökologische Ziele gleichberechtigt miteinander verbindet. Wir wollen, daß Deutschland und Europa dabei Vorreiter werden.

ARBEIT UND UMWELT GEHÖREN ZUSAMMEN

Arbeit und Umwelt gehören zusammen: Nur Arbeitsplätze, die umweltverträglich sind, sind auch zukunftsfähig.

Energie- und ressourcensparende und die Natur schonende Technologien sind ein Schlüssel für Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit.

ÖKOLOGISCHE MODERNISIERUNG: BASISINNOVATION FÜR DEN WOHLSTAND DES 21. JAHRHUNDERTS

Mit der ökologischen Modernisierung unseres Landes stellen wir die Weichen für neue und sichere Arbeitsplätze im 21. Jahrhundert.

Wir wollen, daß die deutsche Wirtschaft beim Export von Ideen, Dienstleistungen und High-tech-Produkten für Umweltschutz und Energieeinsparung weltweit den ersten Platz erreicht. Wir wollen die

Brücke ins Solarzeitalter bauen. Wir wollen, daß die deutsche Autoindustrie mit Drei-Liter-Autos die Zukunftsmärkte erobert.

Wir wollen den Aufbau von Stoffkreisläufen bei der industriellen Produktion und beim privaten Gebrauch der Produkte. Mit langlebigen und reparaturfreundlichen Produkten, die aus weitgehend wiederverwendbaren und verwertbaren Teilen und Materialien bestehen, ergeben sich weltweit große Chancen für neue Märkte und einen besseren Schutz der Umwelt.

Die SPD-geführte Bundesregierung wird die Förderung ökologischer Zukunftsinvestitionen auf einem möglichst hohen Niveau bündeln:

- *Forschung, Entwicklung und Markteinführung für neue wettbewerbsfähige und ökologisch verträgliche Verfahren und Produkte.*
- *Neue Systeme für eine effizientere und umweltverträglichere Verkehrsorganisation, Maßnahmen zur Reduktion der CO_2-Emissionen im Verkehr, Ausbau und Modernisierung des Öffentlichen Personennahverkehrs, leistungsfähigere Schienennetze und die Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf Schiene und Wasserstraßen.*
- *Zukunftsfähige Energieversorgungssysteme, erneuerbare Energien, Energieeinsparung.*
- *Ökologische Stadtentwicklung und Stadtsanierung.*
- *Ökologische Modernisierung und Sanierung der öffentlichen Infrastruktur, insbesondere im Verkehrssektor, bei Entsorgung von Abwasser und Abfall und bei der Versorgung.*

KONZERTIERTE AKTION UMWELT

Wirksamer Umweltschutz ist nur gemeinsam mit der Wirtschaft und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern möglich.

Die SPD-geführte Bundesregierung wird zusammen mit den großen gesellschaftlichen Gruppen eine nationale Umweltplanung entwickeln. Wir werden uns stärker auf die Festlegung von ökologischen Zielen und Zeitplänen konzentrieren. Diese Ziele und Zeitpläne werden wir zusammen mit Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft und Umweltverbänden sowie mit Ländern und Gemeinden erarbeiten.

Durch Selbstverpflichtungen der Wirtschaft und durch Verbändevereinbarungen mit nachprüfbaren und verbindlichen Zielen mobilisieren wir die Innovationskraft der Unternehmen für einen wirksameren Umweltschutz.

Die Vereinbarung konkreter Umweltziele und Maßnahmen gibt die Möglichkeit, Umweltverfahren zu beschleunigen und ökologische Investitionsentscheidungen schnell zu erreichen.

Wir wollen den Tierschutz verbessern.

UNBÜROKRATISCHES UND WIRKSAMES UMWELTRECHT

Nicht alle Umweltfragen lassen sich im Konsens oder durch freiwillige Vereinbarungen lösen. Wir brauchen weiterhin ein wirksames Ordnungsrecht, das Natur-, Gewässer-, Boden- und Gesundheitsschutz sicherstellt.

Wir werden mit einem Umweltgesetzbuch das unübersichtliche und zu bürokratische Umweltrecht effizienter machen und überflüssige Vorschriften streichen.

Anerkannten Umweltverbänden werden wir bundesweit das Recht auf Verbandsklage einräumen, das Umwelthaftungsrecht werden wir überarbeiten.

Wir streben eine größere Harmonisierung der Umweltvorschriften in der Europäischen Union an. Wir wollen internationale Vereinbarungen gegen Umweltdumping.

KRÄFTE DES MARKTES NUTZEN: ENERGIEEINSPARUNG UND UMWELTSCHUTZ BELOHNEN

Umweltschutz soll sich auszahlen, Umweltzerstörung darf sich nicht lohnen.

Dieses Ziel wird die SPD mit einer ökologischen Steuerreform verfolgen. Diese Reform besteht aus zwei Teilen:

Erstens: Entlastung des Produktionsfaktors Arbeit.

Zweitens: Im Gegenzug eine maßvolle und berechenbare Belastung des umweltschädlichen Energieverbrauchs. Die Finanzmittel daraus werden ausschließlich zur Entlastung der Arbeit verwendet.

Für die Lenkungswirkung einer ökologischen Steuerreform kommt es nicht auf die absolute Höhe der einzelnen Belastungs-

schritte an. Entscheidend für den ökologischen Erfolg sind vielmehr die Berechenbarkeit des Preistrends sowie ausreichende Anpassungszeiträume für die Wirtschaft und für die Bürgerinnen und Bürger.

Überzogene und untragbare Belastungen wird es mit der SPD nicht geben.

Durch Freistellung der Prozeßenergie wird eine Belastung der im internationalen Wettbewerb stehenden Unternehmen vermieden.

Die ökologische Steuerreform der SPD ist sozial verträglich und wirtschaftlich eine große Chance. Unsere Vorschläge sind ein erster sinnvoller Schritt für Deutschland. Auf dem Weg zu stärker nachhaltigem Wachstum ist eine möglichst rasche Harmonisierung in der EU notwendig.

AUSSTIEG AUS DER ATOMKRAFT – SO SCHNELL WIE MÖGLICH

Die SPD-geführte Bundesregierung wird die Weichen stellen für eine sichere Energieversorgung ohne Atomkraft.

Die SPD-geführte Bundesregierung wird alles unternehmen, um die Nutzung der Atomkraft so schnell wie möglich zu beenden.

Wegen ihrer großen Sicherheitsrisiken mit der Gefahr unübersehbarer Schäden ist die Atomkraft nicht zu verantworten.

Hinzu kommt die ungelöste Entsorgungsfrage.

Die Entsorgung der vorhandenen radioaktiven Abfälle und Anlagen muß sichergestellt werden. Die Wiederaufbereitung ist zu teuer und zu gefährlich. Der richtige Entsorgungspfad ist die direkte und regional ausgewogene Endlagerung in sicheren geologischen Formationen. Bei der Zwischenlagerung haben Standorte an den einzelnen Atomkraftwerken Vorrang.

DIE BRÜCKE INS SOLARZEITALTER BAUEN

Wir wollen die Brücke ins Solarzeitalter bauen. Das ist unsere Vision für das 21. Jahrhundert.

Die erneuerbaren Energien sollen ein Eckpfeiler der Energieversorgung werden. Der Anteil der regenerativen Energien an der gesamten Energieversorgung soll schrittweise erhöht werden. Dazu gehören faire Einspeiseregelungen für Strom aus erneuerbaren Energiequellen. Das gilt sowohl national als auch europaweit. Die industrielle Massenfertigung für moderne Solartechnologien muß ausgebaut werden. Wir werden ein 100 000-Dächer-Programm initiieren und den Export der Solartechnologie in Entwicklungsländer besonders unterstützen.

Wir brauchen auch eine „Effizienzrevolution" bei der Nutzung konventioneller Energien durch Einsatz neuer Technologien und durch Kraft-Wärme-Kopplung.

Die SPD-geführte Bundesregierung wird sich für eine ökologisch verträgliche weitere Nutzung der heimischen Kohle einsetzen. Die Sicherung eines Versorgungssockels an heimischer Braun- und Steinkohle ist unverzichtbar, um eine zu große Abhängigkeit von ausländischen Energieimporten zu vermeiden. Durch die kohlepolitischen Entscheidungen der bisherigen Bundesregierung sind die deutschen Bergbaureviere zu äußerst schmerzhaften Anpassungen gezwungen. Wir werden den Strukturwandel regionalpolitisch begleiten, um den betroffenen Regionen eine neue Zukunftsperspektive zu geben.

10. Der Staat als Partner in der freien Bürgergesellschaft

Der moderne demokratische und soziale Rechtsstaat soll Partner der Bürgerinnen und Bürger sein, nicht ihr Vormund.

In einer demokratischen Gesellschaft hat der Staat den Bürgerinnen und Bürgern so viel Freiraum zu lassen wie möglich. Seine vorrangige Aufgabe ist die Sicherung der Grund- und Bürgerrechte.

Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft brauchen einen handlungsfähigen Staat. Sie haben Anspruch darauf, daß die öffentlichen Aufgaben in guter Qualität und zu angemessenen Preisen erfüllt werden.

Ohne leistungsfähige öffentliche Infrastruktur, ohne chancengerechtes Bildungswesen, ohne soziale Sicherungssysteme und ohne handlungsfähige Polizei und Justiz ist die moderne Gesellschaft des 21. Jahrhunderts nicht denkbar.

Niemand darf wegen Herkunft, Hautfarbe, ethnischer Zugehörigkeit, Staatsangehörigkeit oder sexueller Identität als Schwuler oder als Lesbe diskriminiert werden. Wir wollen Minderheiten schützen, ihre gesellschaftliche Gleichberechtigung und Teilhabe erreichen.

REFORMEN IN STAAT UND VERWALTUNG VORANBRINGEN

In einer Welt des Wandels müssen auch die Staatsaufgaben überprüft werden.

Für die SPD ist die Bestimmung der Staatsaufgaben keine Frage der Ideologie, sondern der praktischen Vernunft: Ob eine Aufgabe vom Staat oder von Privaten erledigt wird, muß nach dem Grundsatz der Effizienz, der Wirtschaftlichkeit, der Sozialverträglichkeit und der gesellschaftlichen Akzeptanz entschieden werden. Öffentliche Monopole dürfen nicht in private Monopole umgewandelt werden.

Die Ansprüche an den Staat müssen zurückgenommen werden. Vieles, was wünschbar wäre, ist nicht mehr finanzierbar.

Die Wirtschaftlichkeit und Zielgenauigkeit staatlicher Leistungen muß verbessert werden. Die notwendigen sozialen und kulturellen Verpflichtungen des Staates aber dürfen nicht in Frage gestellt werden.

Überregulierung und Überbürokratisierung müssen abgebaut werden. Die Zahl der Regelungen, die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft belasten, muß verringert werden. Bestehende Gesetze und Verordnungen sind auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen.

Wir wollen einen effizienten Staat und eine bürgerfreundliche Verwaltung. Wir wollen eine qualitative Reform der Organisationsstrukturen und Arbeitsabläufe. Bei der Entwicklung und Umsetzung von Reformkonzepten geht es um das Zusammenwirken von politisch verantwortlicher administrativer Leitung, Beschäftigten, Personalvertretungen und Gewerkschaften.

FÜR EINEN MOTIVIERTEN UND LEISTUNGSFÄHIGEN ÖFFENTLICHEN DIENST

Wir wollen einen motivierten und leistungsfähigen öffentlichen Dienst. Durch moderne Personalentwicklungskonzepte, verbesserte Qualifizierungsangebote, Führungskräfteschulungen, ein fortentwickeltes Haushaltsrecht, entscheidungsnah verlagerte Kompetenzen sowie mehr Eigenverantwortung müssen die Fähigkeiten und die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gefördert werden.

Die Bedeutung des Berufsbeamtentums für den demokratischen Rechtsstaat ist unbestritten. Entsprechend ihrer besonderen Rechtsstellung sollte der Einsatz von Beamtinnen und Beamten auf den Kernbereich hoheitlicher Staatstätigkeit konzentriert werden. Dazu gehört insbesondere die Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols durch Polizei und Justiz.

DEN NACHBARSCHAFTSGEDANKEN WIEDERBELEBEN

Bei vielen Menschen wächst der Wunsch, ihre Angelegenheiten in eigener Verantwortung zu regeln. Das zeigt sich in Bürgerinitiativen, Nachbarschaftshilfen, Selbsthilfegruppen und vielfältigem sozialen Engagement. Dort können gesellschaftliche Aufgaben oftmals schneller, besser und kostengünstiger gelöst werden.

Wo gesellschaftliche Aufgaben durch private Initiative und durch das eigene Engagement der Bürgerinnen und Bürger erledigt werden, muß der Staat nicht mehr eingreifen.

Der Staat soll Partner sein und Chancen dafür schaffen, daß die Menschen ihre Probleme so weit wie möglich selbst in die Hand nehmen.

Wir wollen eine Wiederbelebung des Nachbarschaftsgedankens.

Wir wollen die Mitarbeit von Bürgerinnen und Bürgern in Ehrenamt und Freiwilligendiensten stärker anerkennen und fördern.

SPORT FÖRDERN

Der Sport leistet einen unverzichtbaren Beitrag für die aktive Gestaltung der Freizeit, für die Gesundheitsvorsorge und für das soziale Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Die Pflege und Förderung des Sports ist damit Aufgabe aller Bereiche der Politik.

Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger in den Sportvereinen ist für unsere Gesellschaft unverzichtbar. Wir werden die finanziellen Rahmenbedingungen für den Sport verbessern. Dabei setzen wir genauso auf den Breitensport wie auf den Spitzensport.

MEHR DEMOKRATISCHE BETEILIGUNGSRECHTE FÜR BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Wir wollen auf Bundesebene die Einführung von Volksbegehren und Volksentscheid.

Diese neuen Möglichkeiten, an der politischen Willensbildung mitzuwirken, sind eine Antwort auf die wachsende Politikverdrossenheit.

Die lebendige Demokratie braucht die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, sich zu engagieren und Mitverantwortung zu tragen. Deshalb wollen wir eine Verfassungsänderung zur Stärkung unmittelbarer Bürgerbeteiligung.

STARKE STÄDTE UND GEMEINDEN

Städte und Gemeinden sind der Lebensort der Menschen, an dem sie arbeiten und wohnen und an dem sich die Entscheidungen der Politik unmittelbar auf die Bürgerinnen und Bürger auswirken.

Wir werden die Existenzgrundlagen der Städte und Gemeinden stärken und die kommunale Selbstverwaltung ausbauen. Unser Ziel ist eine klare und faire Zuordnung der Aufgaben und Finanzen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden.

UNSERE DEMOKRATIE BRAUCHT DIE EINMISCHUNG DER KÜNSTLERINNEN UND KÜNSTLER

Wir laden die Künstlerinnen und Künstler und die kritische Intelligenz unseres Landes ein, sich wieder mehr einzumischen und mitzumachen beim öffentlichen Diskurs. Der politische Stillstand und die geistige Lähmung in Deutschland müssen überwunden werden.

Wir brauchen eine neue Aufbruchstimmung, die den geistigen Mehltau abschüttelt, der seit viel zu vielen Jahren über unserem Lande liegt. Unser Land braucht das Engagement der Künstlerinnen und Künstler.

Wir wollen die Arbeits- und Lebensbedingungen der Künstlerinnen und Künstler verbessern. Dazu gehört auch die Anpassung des Urheberrechts an die neuen Bedingungen des digitalen Zeitalters.

KULTUR UND KÜNSTE SIND UNVERZICHTBAR

Entsprechend unserer demokratischen Tradition wollen wir allen Bürgerinnen und Bürgern eine gleichberechtigte Teilhabe am kulturellen Leben ermöglichen. Kultur darf nicht zu einem kostspieligen Zeitvertreib für wenige werden.

Wir werden kulturellen Pluralismus und künstlerische Kreativität fördern. Öffentliche Kulturförderung muß die kulturelle Grundversorgung und die Vielfalt der Kunst sichern und das kulturelle Erbe bewahren.

Kulturelle Vielfalt kann sich am besten im Föderalismus entwickeln. Wir brauchen im Kulturellen keine neue Bundeszuständigkeit, sondern eine verbesserte Zusammenarbeit von Bund und Ländern.

Die private Kulturförderung muß der Wissenschafts- und Sportförderung gleichgestellt werden.

Wir wollen, daß junge, nicht etablierte Kunst aus den Erträgen kommerziell erfolgreicher Kunst unterstützt wird.

Wir wollen Gedenkstätten der nationalsozialistischen Terrorherrschaft und der stalinistisch-kommunistischen Diktatur durch ein Gedenkstättenkonzept erhalten.

In einer neuen Medienordnung muß die Zusammenarbeit von Bund und Ländern der technisch bedingten Verschmelzung der klassischen Medien mit der Kommunikationstechnik Rechnung tragen.

Medien-, Telekommunikations- und Kulturwirtschaft werden immer mehr zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor, der neue Arbeitsplätze schafft. Diese Chancen wollen wir nutzen.

MEDIENVIELFALT BEWAHREN

Wir wollen eine breit gefächerte Medienlandschaft, in der sich Presse, Privatsender und öffentlich-rechtliche Sender sinnvoll ergänzen. Das sichert ein umfassendes Angebot an Information, Bildung und Unterhaltung.

CDU, CSU und FDP aber wollen dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk das Wasser abgraben. Wir dagegen sagen: Das öffentlich-rechtliche Radio und Fernsehen sind unverzichtbar für unsere Kultur und für unsere demokratische Gesellschaft.

ARD und ZDF dürfen nicht zerschlagen werden. Wir werden dafür sorgen, daß die Bestands- und Entwicklungsgarantie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks eingehalten wird. Dazu gehört auch die Teilhabe an den neuen Mediendiensten und -techniken.

Wir wollen starke international wettbewerbsfähige private Veranstalter. Deutschland muß als Produktionsstandort für Medienunternehmen gestärkt werden.

TV-SPORT FÜR ALLE

Sportliche Großereignisse, wie die Fußballweltmeisterschaften und die Olympischen Spiele, müssen auch in Zukunft live und ohne zusätzliche Gebühren im Fernsehen übertragen werden. Es darf nicht dazu kommen, daß Fußball oder Olympia demnächst nur noch im Pay-TV zu sehen sind. Jeder Fußballfan muß Fußball unverschlüsselt sehen können.

11. Inneren Frieden bewahren – Innere Sicherheit stärken: Entschlossen gegen Kriminalität und gegen ihre Ursachen

Zu einem demokratischen und sozialen Rechtsstaat gehört das Bürgerrecht auf Schutz vor Verbrechen und Gewalt.

Freiheit und Demokratie brauchen innere Sicherheit für alle, nicht nur für die, die sich private Sicherheit finanziell leisten können.

Die SPD-geführte Bundesregierung wird mit allen politischen und rechtsstaatlichen Mitteln für den Schutz der Bürgerinnen und Bürger sorgen: Entschlossen gegen die Kriminalität und entschlossen gegen ihre Ursachen.

Die beste Kriminalpolitik ist eine gute Sozialpolitik.

Wir werden nicht tatenlos zusehen, daß Rechtsextremisten und Gewalttäter in Deutschland ihr Unwesen treiben. Wir werden sie mit allen Mitteln unseres Rechtsstaates bekämpfen.

DIE STRAFE MUSS DER TAT AUF DEM FUSSE FOLGEN

Wir sind für gerechte und wirksame Strafen: Verbrechen darf sich nicht lohnen.

Die Strafe muß der Tat auf dem Fuße folgen. Eine konsequente und schnelle Ahndung von Rechtsverstößen hat eine nachhaltige präventive Wirkung.

SOZIALE URSACHEN VON KRIMINALITÄT BEKÄMPFEN

Das Strafrecht kann nicht die Ursachen von Kriminalität beseitigen.

Gezielte Vorbeugung ist der beste Weg zur Vermeidung der Kriminalität. Wir werden entschlossen gegen die sozialen Ursachen der Kriminalität vorgehen. Deshalb wollen wir:

- *eine wirksame Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit,*
- *die Gewährleistung sozialer Sicherheit,*
- *bessere Hilfen für die Familien,*
- *eine Offensive für Bildung und Erziehung,*
- *eine gerechte Teilhabe aller an materiellem Wohlstand und sozialen Chancen.*

JUGENDKRIMINALITÄT VERHINDERN – JUNGE MENSCHEN FÖRDERN UND FORDERN

Die wachsende Zahl jugendlicher Straftäter ist ein alarmierendes Zeichen für den Zustand unserer Gesellschaft.

Zur Bekämpfung der Jugendkriminalität werden wir vor allem die hohe Jugendarbeitslosigkeit abbauen und die Erziehungsfähigkeit der Familien stärken. Wir wollen mehr Mittel für die Jugendarbeit zur Verfügung stellen, mehr Integrationsangebote machen und eine bessere Jugendkulturarbeit fördern.

Zur Bekämpfung der Jugendkriminalität bleiben auch geeignete Maßnahmen von Polizei und Justiz erforderlich.

ORGANISIERTE KRIMINALITÄT BEKÄMPFEN – GRENZÜBERSCHREITENDE ZUSAMMENARBEIT VON POLIZEI UND JUSTIZ

Die Organisierte Kriminalität muß bekämpft werden, national und international. Wir werden den Drogenhandel, den Waffenhandel und den Handel mit Frauen und Kindern unnachgiebig verfolgen.

Wir brauchen in Europa eine wirksame grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Polizei und Justiz.

Die Organisierte Kriminalität wollen wir an ihrem Lebensnerv treffen, nämlich beim Geld. Deshalb werden wir die Bekämpfung der Geldwäsche und den Einzug illegal erworbenen Vermögens entschlossen durchsetzen.

VERBRECHER WIRKSAM BESTRAFEN – KINDER SCHÜTZEN

Der Schutz der Allgemeinheit vor gefährlichen Straftätern muß verstärkt werden.

Der sexuelle Mißbrauch von Kindern gehört zu den schlimmsten Verbrechen und muß hart bestraft werden. Wir müssen alles Menschenmögliche tun, um unsere Kinder vor Rückfalltätern zu schützen.

Während des Strafvollzugs muß versucht werden, die von Sexualstraftätern ausgehende Gefahr durch eine gezielte Therapie zu beseitigen. Sexualstraftäter dürfen nur dann wieder entlassen werden, wenn eine Gefahr für Kinder ausgeschlossen werden kann.

ALLTAGSKRIMINALITÄT SCHNELL UND ANGEMESSEN BESTRAFEN

Auf Bestrafung bei Ladendiebstahl, Schwarzfahren und anderen Taten der sogenannten Klein- und Alltagskriminalität werden wir nicht verzichten. Wir wollen flexible Strafen, ohne großen bürokratischen Aufwand, kostengünstig und rechtsstaatlich.

OPFERN HELFEN

Verbrechensopfer brauchen Hilfe und Unterstützung. Wir wollen, daß die Belange der Opfer im Gerichtsverfahren und in der Öffentlichkeit sowie bei der Bestrafung der Täter stärker berücksichtigt werden als bisher.

POLIZEI STÄRKEN

Die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten leisten einen Dienst zum Wohle unserer gesamten Gesellschaft.

Wir unterstützen die Arbeit der Polizei.

Wir brauchen gut ausgebildete Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, die unter vernünftigen Arbeitsbedingungen bürgernah ihren Dienst versehen.

Durch Stärkung der Finanzkraft der Länder und durch organisatorische Reformen werden wir dafür sorgen, daß mehr Polizisten für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger eingesetzt werden können.

Wir wollen die öffentliche Präsenz der Polizei auf Straßen und Plätzen verstärken.

JUSTIZ REFORMIEREN

Wir wollen die Gerichtsverfahren beschleunigen. Sie müssen einfacher und transparenter werden. Der viergliedrige Gerichtsaufbau muß in einen dreigliedrigen umgebaut werden.

Notwendig ist eine effektive und moderne Infrastruktur bei den Gerichten.

12. Neue Verantwortung für das geeinte Deutschland in Europa und in der Welt

Mit einer SPD-geführten Bundesregierung bleibt Deutschland für Europa und für die Welt ein berechenbarer und zuverlässiger Partner.

Wir werden die Einigung Europas mit neuer Kraft weiterführen. Die Europäische Union ist der beste Garant für Frieden, Sicherheit und soziale Stabilität.

Die Europapolitik und die Außenpolitik der SPD-geführten Bundesregierung stehen in der Tradition von Willy Brandt und Helmut Schmidt. Im Geist der erfolgreichen Friedens- und Entspannungspolitik dieser beiden großen sozialdemokratischen Bundeskanzler wollen wir, daß Deutschland ein Motor der europäischen und der internationalen Zusammenarbeit wird.

Nur durch immer engere europäische und internationale Zusammenarbeit kann das 21. Jahrhundert eine Zeit des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und des ökologischen Fortschritts werden.

Frieden und Sicherheit erreichen wir am besten durch die Förderung von Demokratie und Menschenrechten und durch die Schaffung eines zukunftsfähigen Wohlstands.

UNSERE VERANTWORTUNG FÜR DIE EUROPÄISCHE EINIGUNG

EUROPA IM INTERESSE DER MENSCHEN GESTALTEN

Moderne Regierungspolitik muß eine europäische Dimension haben: Nur so können die neuen politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen bewältigt werden.

Wir wollen das Modell des sozialen Rechtsstaates europäischer Prägung sichern und weiterentwickeln. Das europäische Modell setzt auf Freiheit, Demokratie und Menschenrechte, auf die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auf die soziale und ökologische Marktwirtschaft.

In der ersten Hälfte des Jahres 1999 wird Deutschland die Präsidentschaft in der EU übernehmen. Die SPD-geführte Bundesregierung wird gemeinsam mit unseren europäischen Freunden und Partnern die Reform der Europäischen Union vorantreiben.

FÜR EIN EUROPA DER ARBEIT UND DER SOZIALEN GERECHTIGKEIT

Arbeit und Gerechtigkeit müssen auf Platz Eins der europäischen Tagesordnung gesetzt werden.

Die Sozialdemokratie als die heute stärkste politische Kraft in Europa wird dafür sorgen, daß es zu einem europäischen Beschäftigungspakt kommt.

Wir wollen in der EU verbindliche Ziele für die Reduzierung der Arbeitslosigkeit verankern. Wir wollen in der EU als gemeinsames Ziel vereinbaren: Kein Jugendlicher darf nach der Schule in die Arbeitslosigkeit geschickt werden.

Wir wollen eine europäische Koordinierung der nationalen Wirtschafts- und Finanzpolitiken, um in Europa mehr Wachstum und Beschäftigung zu erreichen. Wir wollen gemeinsame und verbindliche Regelungen gegen Steuer- und Sozialdumping. Wir brauchen dringend europäische Vereinbarungen über eine effektive Mindestbesteuerung für Unternehmen und die Beseitigung von Steueroasen.

Europa braucht Zukunftsinvestitionen in eine hochmoderne grenzüberschreitende Infrastruktur für Verkehr und Kommunikation (Transeuropäische Netze).

Forschung und Entwicklung müssen europäisch gebündelt und nachhaltig gestärkt werden, damit Europa den Wettbewerb mit den großen Wirtschaftsmächten Amerikas und Asiens bestehen kann.

EURO FÜR ARBEIT UND SOZIALE STABILITÄT

Am 1. Januar 1999 beginnt die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Jetzt geht es darum, sie zu gestalten.

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion bietet eine Chance der Gestaltung unter den neuen Bedingungen der Globalisierung.

Die Währungsunion muß getragen werden von einer gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzpolitik aller Mitgliedsländer.

Die Währungsunion muß genutzt werden, um die Massenarbeitslosigkeit in Europa abzubauen: Wir wollen einen Euro für Arbeit und soziale Stabilität.

Wir wollen, daß der Euro genauso hart wird wie die Deutsche Mark.

Nur wenn es in Europa gelingt, die Massenarbeitslosigkeit nachhaltig abzubauen, kann der Euro die Stabilität sichern, die die Menschen zu Recht erwarten und die wir anstreben.

FÜR EIN EUROPA DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Wir wollen die Europäische Union bürgernah gestalten. Überregulierung und Zentralisierung darf es nicht geben. Nur ein Europa, das die Regionen stärkt, ist ein starkes Europa.

Die SPD setzt sich für eine weitere Reform der Institutionen der EU ein. Das Europäische Parlament als Vertretung der europäischen Bürgerinnen und Bürger muß volles Mitentscheidungsrecht haben. Wenn die Europäische Union handlungsfähig bleiben soll, muß es im Europäischen Rat zu einer Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen kommen.

Als Ausdruck der Freiheit und der gemeinsamen Werte wollen wir eine Charta europäischer Grundrechte.

Wir wollen eine gemeinsame europäische Flüchtlings- und Asylpolitik verwirklichen.

Die Europäische Union muß dem Schutz der Gesundheit und der Verbraucher und Verbraucherinnen und der Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen einen höheren Stellenwert einräumen.

AUFBAU DES EUROPÄISCHEN HAUSES MIT NEUER KRAFT FORTSETZEN

Die Erweiterung der EU nach Osten ist dank der Überwindung der Spaltung Europas möglich geworden. Die Osterweiterung wird Demokratie und Marktwirtschaft fördern und so auch unsere wirtschaftliche und politische Sicherheit erhöhen.

Damit die EU-Osterweiterung gelingt, müssen in der EU allzu lange aufgeschobene Reformen im Bereich der Agrarpolitik und der Strukturpolitik, der Institutionen und der Finanzierung durchgeführt werden. Die SPD-geführte Bundesregierung wird sich in der Europäischen Union für mehr Beitragsgerechtigkeit einsetzen.

Wir wollen eine gesamteuropäische Friedensordnung. Gemeinsam mit allen Staaten Osteuropas und mit Rußland wollen wir den Bau des europäischen Hauses vollenden. Die SPD-geführte Bundesregierung wird darauf dringen, daß die EU, die OSZE und die NATO ihre gesamteuropäischen Aufgaben erfüllen.

UNSERE VERANTWORTUNG FÜR DIE INTERNATIONALE VÖLKERGEMEINSCHAFT

NEUE WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG MIT SOZIALER UND ÖKOLOGISCHER MARKTWIRTSCHAFT

Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern werden wir uns in den internationalen Einrichtungen, wie UNO, OECD, WTO, ILO und G8, für eine gerechte und international verbindliche Wettbewerbsordnung einsetzen:

Wir brauchen soziale und ökologische Mindeststandards, um der Ausbeutung von Mensch und Natur zu begegnen. Wir werden uns dafür einsetzen, daß ausbeuterische Kinderarbeit weltweit geächtet wird und daß die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer überall das Recht bekommen, ihre Interessen durch freie Gewerkschaften zu vertreten.

Wir wollen verhindern, daß unsere Wirtschaft durch unfaires Währungsdumping bedroht wird. Unser Ziel ist ein stabiles Weltwährungssystem. Die Europäische Währungsunion ist dafür ein entscheidender Schritt.

ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT FÜR EINE SOLIDARISCHE WELT

Aus menschlicher Solidarität und wohlverstandenem Eigeninteresse an Frieden und menschenwürdigen Lebensbedingungen in allen Weltregionen wollen wir eine nachhaltige Entwicklungspolitik. Wir werden die Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer zum Aufbau ihrer wirtschaftlichen, sozialen und demokratischen Strukturen unterstützen.

Die Entwicklungszusammenarbeit soll dem fairen Interessenausgleich zwischen Nord und Süd dienen. Nachhaltige Entwicklung ist eine Zukunftsaufgabe aller Staaten, aber auch der Nichtregierungsorganisationen und der Wirtschaft, deren Engagement wir begrüßen.

Die deutsche Entwicklungspolitik wollen wir neu ordnen. Sie muß eine am Ziel der Nachhaltigkeit orientierte Querschnittsaufgabe werden.

Es gilt die Kräfte zu bündeln, damit die Ursachen von kriegerischen Konflikten, Umweltzerstörung und Fluchtbewegungen wirksam bekämpft werden können.

DIE BUNDESWEHR DIENT FRIEDEN UND FREIHEIT

Die Soldaten der Bundeswehr sind Bürger in Uniform.

Die Bundeswehr leistet einen unverzichtbaren Dienst für unsere Gesellschaft.

Durch eine Verbesserung der politischen Führung werden wir den guten Ruf unserer Bundeswehr sicherstellen.

Die SPD wird an der Wehrpflicht festhalten. Die Wehrpflicht darf einer Verringerung der Bundeswehrstärke nicht im Wege stehen. Wenn neue Entwicklungen es erfordern, kommt eine weitere Verkürzung der Wehrpflicht oder ihre Aussetzung in Betracht.

Die Bundeswehr hat die Aufgabe der Landes- und Bündnisverteidigung und kann darüber hinaus nur im Rahmen eines UNO- oder OSZE-Mandats für Friedensmissionen, wie zum Beispiel in Bosnien, eingesetzt werden. Die Präsenz der Bundeswehr in dieser Region im Rahmen der SFOR-Truppen wird noch einige Zeit andauern müssen.

Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wird Initiativen zur weiteren konventionellen Abrüstung in Europa und zu einer weltweiten Reduzierung von Massenvernichtungswaffen mit dem Ziel ihrer Abschaffung ergreifen.

Wir werden alles unternehmen, um Strukturprobleme in den Regionen, die von Abrüstung besonders betroffen sind, durch Konversionsmaßnahmen aufzufangen

DIE NATO IST EIN ZENTRALER PFEILER UNSERER SICHERHEIT

Die NATO ist unverzichtbar für die Sicherheit und Stabilität Europas.

Wir streben innerhalb der NATO eine gleichberechtigte Partnerschaft zwischen Europa und den USA an.

Der Prozeß der NATO-Erweiterung darf nicht zur Ausgrenzung Rußlands führen, darf keine neue sicherheitspolitische Teilung Europas herbeiführen, darf nicht mit Aufrüstung verbunden sein und muß darüber hinaus zu einer stärkeren Rolle für die OSZE führen.

Die NATO ist und bleibt ein Verteidigungsbündnis. Das globale Gewaltmonopol zur Sicherung des Weltfriedens liegt ausschließlich bei den Vereinten Nationen. Einsätze der NATO, die über ihren kollektiven Verteidigungsauftrag hinausgehen, bedürfen eines Mandats der Vereinten Nationen oder der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa).

STÄRKUNG DER VEREINTEN NATIONEN

Die Rolle der Vereinten Nationen bei der Sicherung des Friedens, der Entwicklung des Südens und beim Kampf gegen die globale Umweltzerstörung muß gestärkt werden.

Wir unterstützen die internationalen Bemühungen für eine UNO-Reform.

Die SPD-geführte Bundesregierung wird eine Einladung, Deutschland als ständiges Mitglied in den Weltsicherheitsrat zu berufen, annehmen.

Die Blauhelm-Einsätze der Vereinten Nationen haben sich in vielen Krisengebieten

der Welt als Instrument der Friedenssicherung bewährt.

Über eine Beteiligung der Bundeswehr an der Durchsetzung eines UNO-Mandats muß der Deutsche Bundestag in jedem konkreten Einzelfall entscheiden.

Um die friedenssichernde Funktion der UNO zu stärken, unterstützen wir die Bereitstellung nationaler Truppenkontingente für Blauhelm-Einsätze. Die SPD-geführte Bundesregierung wird den Vereinten Nationen für friedenssichernde Blauhelm-Einsätze (peace keeping) ein besonderes Bundeswehr-Kontingent zur Verfügung stellen.

SPD: POLITIK FÜR DIE MEHRHEIT

Dieses Programm zeigt die Grundlinien unserer Regierungspolitik für die nächsten vier Jahre.

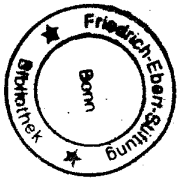
Das ist der Bauplan für ein besseres und gerechteres Deutschland.

SPD-Politik ist Politik für die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen, daß es mit Deutschland wieder aufwärtsgeht.

Die Weichen sind gestellt: Bei der Bundestagswahl am 27. September 1998 muß es in Deutschland einen Politikwechsel geben.

Die Zeit für den Wechsel ist da.

Wir sind bereit!



Absender:

Name: _____

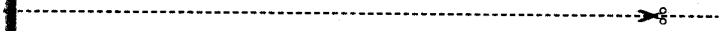
Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

SPD-Parteivorstand
Kanzlerkandidat
Gerhard Schröder
Erich-Ollenhauer-Straße 1

53113 Bonn



Absender:

Name: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

SPD-Parteivorstand
Kanzlerkandidat
Gerhard Schröder
Erich-Ollenhauer-Straße 1

53113 Bonn

☐ Bitte schicken Sie mir zur Information das **Gerhard-Schröder-Buch der SPD zur Wahl** (Erscheinungstermin: Juni 1998).

☐ Ja. Ich möchte **mitmachen** beim Wahlkampf für Gerhard Schröder.

☐ Ja. Ich will **Mitglied** werden.

☐ Bitte schicken Sie mir zur Information das **Gerhard-Schröder-Buch der SPD zur Wahl** (Erscheinungstermin: Juni 1998).

☐ Ja. Ich möchte **mitmachen** beim Wahlkampf für Gerhard Schröder.

☐ Ja. Ich will **Mitglied** werden.